

Zusammenstellung wichtiger Ereignisse in den Bereichen

Verkehr, Energie, Umwelt, Finanzen

2013

(Stand: 06.11.2014)

- 17.12. **Definitive Strassenrechnung 2011** – Gemäss den definitiven Resultaten für das Jahr 2011 der vom Bundesamt für Statistik (BFS) publizierten Strassenrechnung der Schweiz erreicht der Kostendeckungsgrad des privaten Motorfahrzeugverkehrs 118 Prozent und dessen Eigenwirtschaftlichkeitsgrad 113 Prozent. Für den Personenverkehr liegen diese Grade etwas tiefer – nämlich bei 114 bzw. 107 Prozent; derweil schneidet der Güterverkehr mit 135 bzw. 136 Prozent sehr gut ab. Im Gegensatz zur Transportrechnung (Trakos) werden in der Strassenrechnung die externen Kosten, die Unfallkosten und die Aufwendungen für die Fahrzeuge (Anschaffung, Betrieb und Unterhalt) nicht berücksichtigt. Gemäss neueren im Rahmen der Energiestrategie 2050 erwähnten Studien verursacht der Strassenverkehr jährlich (Referenzjahr 2007) rund 11,5 Milliarden Franken an so genannt externen Kosten.
(NZZ 19.12.13; 20Minuten 18.12.13; BFS Aktuell 17.12.13; Info **strasseschweiz** 30.12.13)
- 13.12. **Schlussabstimmung in den eidgenössischen Räten** – Mit 143 zu 36 Stimmen (Nationalrat) bzw. mit 37 Stimmen zu einer (Ständerat) haben die eidgenössischen Räte den Bau und die Finanzierung des Vier-Meter-Korridors auf der Gotthardachse der Neuen Eisenbahn-Alpentransversalen (NEAT) sowie den Ausbau des Korridors auf der NEAT-Lötschbergachse im Umfang von total 990 Millionen Franken genehmigt. Davon sollen auf italienischem Territorium 230 Millionen Franken in die Gotthard- und 50 Millionen Franken in die Lötschbergachse fliessen.
(NZZ 14.12.13 und 11.12.13; BBl 2013 S. 9699-9702; AS 2014 S. 1111-1113)
- 11.12. **A22 mit Tunnel Schönthal in Betrieb genommen** – Mit einem feierlichen Akt ist die A22 samt dem gut zwei Kilometer langen Tunnel Schönthal offiziell in Betrieb genommen worden. Die neue Hochleistungsstrasse vom Anschluss an die Nationalstrasse A2 bis zur bestehenden Umfahrung Liestal steht dem Verkehr somit vollständig zur Verfügung.
(BaZ 10.12.13; Medienmitteilung Kanton Basel-Landschaft 11.12.13)

- 10.12. **Zeichen gegen Gigaliner** – Im Rahmen der Differenzbereinigung zum Vier-Meter-Korridor auf der Gotthardachse der Neuen Eisenbahn-Alpentransversalen (NEAT) hat das Bundesparlament ein erneutes Zeichen gegen so genannte Gigaliner gesetzt. Wider den Willen des Bundesrats nahmen die eidgenössischen Räte die maximale Höhe und Breite von Lastwagen und Fahrzeugkombinationen ins Strassenverkehrsgesetz auf. Bis anhin waren diese beiden Masse lediglich auf Verordnungsstufe geregelt. (NZZ 11.12.13)
- 02.12. **Sparprogramm KAP im Nationalrat gescheitert** – Das Konsolidierungs- und Aufgabenüberprüfungspaket (KAP) ist definitiv vom Tisch: Der Nationalrat beharrte mit 112 zu 70 Stimmen auf der Rückweisung des Sparprogramms, das den Bundeshaushalt mittelfristig um rund 700 Millionen Franken hätte entlasten sollen. Gescheitert ist das KAP an einer unheiligen Allianz von SVP, SP und Grünen. (NZZ 03.12.13)
- 29.11. **„Via sicura“: Zweites Massnahmenpaket tritt gestaffelt in Kraft** – Das zweite Massnahmenpaket des Verkehrssicherheitsprogramms „Via sicura“ tritt in drei Tranchen in Kraft: am 1. Januar 2014 das Alkoholverbot (höchstens 0,1 Promille) für Berufschaffeuere, Neulenkende, Fahrschüler(innen), Fahrlehrer(innen) und Begleitpersonen von Lernfahrten sowie das obligatorische Fahren mit Licht am Tag und die Halterhaftung für Ordnungsbussen sowie die Einführung einer Schadensverlaufserklärung; am 1. Juli 2014 die obligatorische Abklärung der Fahreignung bei Fahren in ange-trunkenem Zustand mit 1,6 Promille oder mehr; am 1. Januar 2015 der obligatorische Rückgriff der Motorfahrzeug-Haftpflichtversicherungen auf die Person, die den Unfall alkoholisiert oder fahruntfähig oder durch ein Raserdelikt verursacht hat. Die restlichen „Via-sicura“-Massnahmen sollen im Lauf des Jahres 2015 in Kraft gesetzt werden; es sind dies folgende: die Qualitätssicherung bei den Fahreignungsabklärungen, die Aktualisierung der medizinischen Mindestanforderungen, die obligatorische Nach-schulung von fehlbaren Fahrzeuglenkenden, der Einsatz von Datenaufzeichnungs-geräten und Alkohol-Wegfahrsperrern sowie die Einführung der beweissicheren Atem-Alkoholprobe. (NZZ 30.11.13; ASTRA-Medienmitteilung 29.11.13; AS 2013 S. 4669-4712)
- 29.11. **Bundesrat verabschiedet Verlagerungsbericht 2013** – Der Bundesrat hat den Bericht über die Verkehrsverlagerung vom November 2013 (Verlagerungsbericht Juli 2011 bis Juni 2013) verabschiedet. Darin konstatiert die Landesregierung erneut, dass das für 2018 festgelegte Verlagerungsziel von 650'000 alpenquerenden Fahren nicht erreicht werden kann. Im Jahr 2012 querten rund 1,2 Millionen Lastwagen die Schweizer Alpen. Gemäss Bundesrat ist in den verbleibenden vier Jahren eine Halbierung dieser Fahrten nicht möglich. Da die Emissionen der wichtigsten Luftschadstoffe durch den Schwer-verkehr bis 2020 infolge der technischen Entwicklung deutlich abnehmen würden, könnte statt der Anzahl Fahrten künftig die Schadstoff- und Lärmbelastung des Schwer-verkehrs als Ziel gelten. Dank der leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe (LSVA), den Neuen Eisenbahn-Alpentransversalen (NEAT) und der Bahnreform hätten jährlich 650'000 bis 700'000 Lastwagenfahrten durch die Alpen vermieden werden können. Zusammen mit der Publikation des Verlagerungsberichts 2013 hat der Bundesrat vorgeschlagen, den Zahlungsrahmen für die Förderung des alpenquerenden Schienen-güterverkehrs von 2019 bis 2023 zu verlängern. Nach Ablauf dieser Verlängerung sollen

die Transporte nicht mehr abgegolten werden. Insgesamt will die Landesregierung für die Verlängerung der Zahlungen an den unbegleiteten kombinierten Verkehr (UKV) 350 Millionen Franken zur Verfügung stellen. Davon stammen 170 Millionen Franken aus dem bestehenden Zahlungsrahmen, der nicht ausgeschöpft wurde. 180 Millionen Franken sind neue finanzielle Mittel.

(NZZ 30.11.13; BAV-Medienmitteilung 29.11.13; BBl 2014 S. 155-168)

24.11. Verteuerung der Autobahnvignette erleidet Schiffbruch – Die Vorlage zur 150-prozentigen Verteuerung der Autobahnvignette, gegen die das Referendum ergriffen worden war, ist vom Souverän in sämtlichen Kantonen mit einem durchschnittlichen Nein-Stimmenanteil von gut 60 Prozent klar abgelehnt worden. Mit den Kantonen Neuenburg und Glarus sprachen sich sogar jene beiden Stände gegen den Aufschlag von 40 auf hundert Franken aus, die vom Bund unmittelbar finanzierte Strassenausbauten erwarten durften. Die Vorsteherin des Verkehrsdepartements, Bundesrätin Doris Leuthard, zeigte sich über der deutlichen Niederlage sehr enttäuscht. Die Gegner der Preiserhöhung müssten nun darlegen, wie die Strasse künftig finanziert werden soll. Mit dem Nein sei klar, dass die gegen 400 kantonalen Strassenkilometer nicht wie vorgesehen vom Bund übernommen werden könnten. Viele Projekte für die Beseitigung von Engpässen seien jetzt blockiert. Während die kantonalen Baudirektoren konstruktive Vorschläge erwarten, wie der Neue Netzbeschluss (NEB) doch noch umgesetzt werden kann, ist dieser NEB gemäss Doris Leuthard insofern definitiv vom Tisch, als die eidgenössischen Räte nicht noch aktiv und alternative Finanzierungsmöglichkeiten aufzeigen würden. Dabei warnte sie vor Illusionen: Es habe nicht genügend Reserven in den Kassen, die gemäss Bundesverfassung für die Strassenfinanzierung eingesetzt werden könnten.

(NZZ 25.11.13; BBl 2014 S. 1773 und 1777)

23.11. Klimakonferenz geht mit eher dürftigen Ergebnissen zu Ende – Die Resultate der Uno-Klimakonferenz von Warschau (Polen) sind schwach ausgefallen. Namentlich konnte nicht beschlossen werden, dass alle Länder damit beginnen, ihre Reduktionsverpflichtungen für die Zeit nach 2020 zu erarbeiten. Auch in den Bereichen neue Marktmechanismen und Landwirtschaft wurden keine Fortschritte erzielt. Immerhin rangen sich die rund 190 Länder zu Beschlüssen durch, die den Verhandlungsprozess am Leben erhalten und Ende 2015 bei der entscheidenden Konferenz von Paris in ein neues Klimaabkommen münden lassen sollen. Allerdings gelang es nicht, einen streng verbindlichen Fahrplan hin zum neuen Klimavertrag aufzustellen.

(NZZ 23/25.11.13; BAFU-Medienmitteilung 23.11.13)

21.11. Weniger Güterverkehr im Jahr 2012 – Gemäss dem Bundesamt für Statistik (BFS) ist der Güterverkehr auf Strasse und Schiene in der Schweiz im Jahr 2012 nach einer Erholung in den Jahren 2010 und 2011 erneut eingebrochen. Die Transportleistung ging um 2,5 Prozent auf 27 Milliarden Tonnenkilometer zurück. Dabei verlor die Bahn weitere Marktanteile: Vom neuerlichen Einbruch war die Schiene mit einem Minus von gut vier Prozent stärker betroffen als die Strasse mit minus 1,6 Prozent. Als Grund für den markanten Rückgang vermutete das BFS die wirtschaftlichen Schwierigkeiten in verschiedenen, insbesondere südlichen Staaten der Europäischen Union (EU).

(NZZ 22.11.13; BFS Aktuell 21.11.13)

- 20.11. **Änderung zu den Tankstellenshops tritt am 1. Dezember 2013 in Kraft** – Die vom Souverän am 22. September 2013 gutgeheissene Änderung des Arbeitsgesetzes punkto Tankstellenshops tritt auf den 1. Dezember 2013 in Kraft. Dies hat der Bundesrat beschlossen.
(NZZ 21.11.13; BaZ 21.11.13; Medienmitteilung des Bundesrats 20.11.13)
- 20.11. **Volksinitiative „Energie- statt Mehrwertsteuer“ zur Ablehnung empfohlen** – Der Bundesrat hat in seiner entsprechenden Botschaft ans nationale Parlament die eidgenössische Volksinitiative „Energie- statt Mehrwertsteuer“ ohne jeglichen Gegenvorschlag zur Ablehnung empfohlen. Zwar teilt die Landesregierung grundsätzlich das Anliegen des Volksbegehrens, zur Erreichung von klima- und energiepolitischen Zielen Energieabgaben einzusetzen. Allerdings lehnt der Bundesrat die Abschaffung der Mehrwertsteuer ab und erachtet es als unzweckmässig, die Höhe der vorgeschlagenen Energiesteuer einzig an den Mehrwertsteuereinnahmen auszurichten. In diesem Fall wären zur Finanzierung der öffentlichen Haushalte sehr hohe Energieabgaben, die das energie- und klimapolitisch begründbare Mass bei weitem übersteigen würden, notwendig.
(NZZ 21.11.13; BaZ 21.11.13; Medienmitteilungen des Bundesrats 20.11.13 und 29.05.13; BBl 2013 S. 9025-9098)
- 19.11. **Anordnung von Lastwagenüberholverböten auf den Nationalstrassen** – Seit einigen Wochen sind die ersten lokalen Überholverböte für Lastwagen auf den Nationalstrassen in Kraft. Diese Überholverböte gelten je nach Situation permanent oder temporär. Nach einer Überprüfung von rund 530 Kilometer des Nationalstrassennetzes wurden abschnittsweise Lastwagenüberholverböte mit einer Länge von insgesamt 290 Kilometer bestimmt, die etappenweise bis Ende 2014 verfügt und signalisiert werden. Das Bundesamt für Strassen (ASTRA) will mit der Anordnung dieser Lastwagenüberholverböte den Verkehrsfluss auf den Nationalstrassen verbessern sowie die Verkehrssicherheit erhöhen. Auf zusätzlichen 460 Kilometer des Nationalstrassennetzes prüft das ASTRA auf verschiedenen Abschnitten weitere Überholverböte für Camions. Der Schweizerischen Nutzfahrzeugverband (ASTAG) unterstützt gemäss einer Verlautbarung Massnahmen gegen so genannte Elefantenrennen zwar bis zu einem gewissen Grad; ein generelles Überholverbot für schwere Nutzfahrzeuge wird allerdings abgelehnt. Wichtiger als jegliche Überholverböte wäre laut ASTAG die gezielte Beseitigung von Engpässen im Nationalstrassennetz: Damit könne der Verkehrsfluss am besten gewährleistet werden. Les Routiers Suisses (LRS) liessen verlauten, dass Lastwagenüberholverböte auf bereits überlasteten Autobahnen unnützlich und lediglich behindernd seien. Das ASTRA versuche weiterhin, die Schuld für Staus den Chauffeuren anzulasten und die Unzulänglichkeiten des Strassennetzes schönzureden.
(ASTRA-Medienmitteilung 19.11.13; ASTAG- und LRS-Medienmitteilung 19.11.13)
- 18.11. **Stiftung Klimarappen erfüllt ihre Ziele** – Gemäss dem Eidgenössischen Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) hat die Stiftung Klimarappen die Vereinbarung mit dem Bund zur Verminderung des CO₂-Ausstosses im In- und Ausland erfüllt. Mit einer Reduktion von insgesamt 17 Millionen Tonnen CO₂ (Kohlendioxid) leistete die Stiftung für den Zeitraum 2008-2012 einen wesentlichen Beitrag zur Erreichung der Ziele, die sich die Schweiz mit dem Beitritt zum Kyoto-Protokoll gesetzt hat. Mit diesen 17 Millionen Tonnen werden die mit dem UVEK vereinbarten Emissionsreduktionen deutlich übertroffen. Zur Vermeidung einer CO₂-

Abgabe auf Treibstoffe wurde im Jahr 2005 die Stiftung Klimarappen als freiwillige Massnahme der (Erdöl-)Wirtschaft und der Strassenverkehrsverbände gegründet. Zwischen Oktober 2005 und August 2012 erhob die Stiftung beim Import fossiler Treibstoffe einen Zuschlag von 1,5 Rappen pro Liter. Die Schweiz wird die im Rahmen des Kyoto-Protokolls auferlegten Reduktionsziele voraussichtlich einhalten können – dies insbesondere unter Berücksichtigung der durch die Stiftung Klimarappen im Ausland erbrachten Reduktionsleistungen. Da die Stiftung ihre Vereinbarungen mit dem Bund übererfüllt hat, verbleibt ihr ein Vermögen, das sowohl in- und ausländische Reduktionsleistungen der ersten Kyoto-Verpflichtungsperiode als auch finanzielle Mittel umfasst. Bis April 2014 werden die ausländischen Reduktionsleistungen an den Bund übertragen. Die inländischen werden für rund 50 Millionen Franken an die neue Stiftung Klimaschutz und CO₂-Kompensation (KliK) verkauft. Die Stiftung KliK finanziert sich über eine Abgabe auf alle Benzin- und Dieselölimporte in der Höhe von durchschnittlich aktuell 1,5 Rappen pro Liter. Der gesetzlich festgelegte Kompensationsaufschlag beträgt höchstens fünf Rappen pro Liter Treibstoff. In den Jahren 2013 bis 2020 stehen der Stiftung KliK rund eine Milliarde Franken für die Finanzierung von Klimaschutzprojekten in der Schweiz gemäss den Vorschriften des CO₂-Gesetzes zur Verfügung.

(UVEK-Medienmitteilung 18.11.13; „Thema Umwelt“ 4/2013)

- 12.11. **Bundesrat setzt Termin für FABI-Abstimmung fest** – Der Bundesrat beschliesst, die Volksabstimmung über den Bundesbeschluss betreffend die Finanzierung und den Ausbau der Bahninfrastruktur (FABI) als direkten Gegenentwurf zur inzwischen zurückgezogenen VCS-Initiative „Für den öffentlichen Verkehr“ auf den 9. Februar 2014 festzulegen.
(BBl 2013 S. 8795)
- 31.10. **Teure Strassenverkehrsämter** – Autofahrende bezahlen in beinahe allen kantonalen Strassenverkehrsämtern mehr Gebühren, als sie Kosten verursachen. Zu diesem Schluss gelangt eine Auswertung der Eidgenössischen Finanzverwaltung (EFV) für das Jahr 2011. Im landesweiten Durchschnitt verlangen die Strassenverkehrs- und Schifffahrtsämter 17 Prozent mehr Gebühren, als tatsächliche Kosten anfallen.
(NZZ 01.11.13; EFV-Medienrohstoff 31.10.13)
- 22.10. **Viele schwere E-Bike-Unfälle im Jahr 2012** – Die Zahl der getöteten E-Bike-Fahrenden ist im Jahr 2012 gegenüber 2011 von zwei auf acht angestiegen. Ebenfalls zugenommen – namentlich um einen Viertel – hat die Zahl der schweren Personenschäden, zu denen nebst den Todesfällen auch Schwerverletzte gezählt werden. Die häufigsten schweren Personenschäden waren eine Folge von Schleuder- bzw. Selbstunfällen. Dies geht aus dem so genannten SINUS-Report 2013 der Beratungsstelle für Unfallverhütung (bfu) hervor, die erstmals das Unfallgeschehen mit Elektrofahrrädern analysiert hat.
(NZZ 23.10.13; bfu-Medienmitteilung 22.10.13)
- 22.10. **Motorfahrzeuge: Fünf-Millionen-Marke geknackt** – Gemäss dem Bundesamt für Statistik (BFS) hat die Anzahl der für den privaten Personentransport bestimmten Motorfahrzeuge in der Schweiz im Jahr 2012 markant zugenommen und die Fünf-Millionen-Grenze überschritten. Auch die Verkehrsleistung des privaten motorisierten Personenverkehrs auf der Strasse (MIV) wuchs mit gut zwei Prozent wieder etwas stärker als 2011. Mit total fast 92 Milliarden Personenkilometer (Pkm) überstieg die

Verkehrsleistung des MIV jene der Eisenbahnen um mehr als das Viereinhalbfache. Die Eisenbahnen ihrerseits verzeichneten einen Rückgang bei den Pkm und legten diesbezüglich zum ersten Mal seit Jahren weniger zu als der MIV. Dabei schlug bei den Bahnen nicht nur der Rückgang der Anzahl Passagiere negativ zu Buche, sondern auch die Tatsache, dass diese im Schnitt weniger weit unterwegs waren.

(NZZ 23.10.13; BFS-Publikation 22.10.13)

27.09. Neuester Bericht des Weltklimarats – Mit seinem neuen Zustandsbericht untermauert der Uno-Klimarat frühere Warnungen: Die Erwärmung der Erde sei eindeutig, der Einfluss der Menschen auf das Klima klar, und es brauche erhebliche Anstrengungen, um die Treibhausgasemissionen zu reduzieren. Wenn der Ausstoss an Treibhausgasen in den kommenden Jahrzehnten nicht rapide sinkt, drohe ein drastischer Klimawandel. Die Hauptbotschaft der Klimaforscher ist dieselbe wie im letzten Bericht aus dem Jahr 2007, wird aber mit mehr Gewissheit vertreten: Die Menschen produzieren so grosse Mengen an Treibhausgasen, hauptsächlich Kohlendioxid (CO₂) und Methan, dass Forscher mit einem einschneidenden Klimawandel rechnen, der in den nächsten Jahrzehnten bis Jahrhunderten schlimme Folgen zeitigen könnte. Klimazonen würden sich um Hunderte von Kilometern verschieben, Hitzewellen sich verstärken, Gletscher schrumpfen und verschwinden sowie – ohne Gegenmassnahmen – Küstengebiete überflutet.

(NZZ 28.09.13 und 01./02.10.13; BaZ 28.09.13; NZZ am Sonntag 29.08.13; Weltwoche 38.13)

26.09. Abschaffung der obligatorischen Wiederholungskurse für Neulenkende – Die obligatorischen Wiederholungskurse für Neulenkende sollen abgeschafft werden. Diese Forderung der freisinnig-liberalen Fraktion hat der Nationalrat mit 109 zu 75 Stimmen bei acht Enthaltungen gutgeheissen. Die entsprechende Motion verlangt, dass nur noch Neulenkende, die in der Probezeit eine schwere Verletzung der Verkehrsregeln begangen haben, die besagten Wiederholungskurse besuchen müssten. Dabei wird eine Studie der Beratungsstelle für Unfallverhütung (bfu) ins Feld geführt, die zum Schluss gelangt, dass die Wiederholungskurse nicht den gewünschten Nutzen bringen würden. Im Gegenteil: Der gemessene Effekt wirke sich auf das Verhalten der Lenkenden sogar leicht negativ aus.

(NZZ 27.09.13)

25.09. Ständerat bewilligt eine Milliarde Franken für Vier-Meter-Korridor – Der Ständerat will auf der Gotthardachse der Neuen Eisenbahn-Alpentransversalen (NEAT) die Eckhöhen auf vier Meter ausbauen. Mit 28 zu 15 Stimmen hat das „Stöckli“ dabei darauf verzichtet, Gelder aus der „Strassenkasse“ zu nehmen. Weil die eidgenössischen Räte die finanziellen Mittel für die künftige Finanzierung und den Ausbau der Bahninfrastruktur (FABI) deutlich aufgestockt haben, sei genügend Geld für den Vier-Meter-Korridor vorhanden. Die Kosten von rund einer Milliarde Franken werden aus dem bestehenden Fonds zur Finanzierung der Eisenbahngrossprojekte (FinöV) bzw. dem neuen Bahninfrastrukturfonds (BIF) bezahlt. Mit diesem Vier-Meter-Korridor kommt die Schweiz dem Verlagerungsziel von maximal 650'000 alpenquerenden Lastwagen pro Jahr zwar keinen Schritt näher; er sollte aber immerhin verhindern können, dass dieses Ziel aufgrund der absehbaren Zunahme der Gütertransporte nicht noch mehr in die Ferne rückt, als dies bereits heute der Fall ist.

(NZZ 26.09.13; BaZ 26.09.13; „Bund“ 26.09.13)

- 22.09. **Tankstellenshops müssen Sortiment in der Nacht nicht mehr abdecken** – Die Stimmberechtigten haben die Revision des Arbeitsgesetzes mit einem Ja-Stimmen-Anteil von rund 56 Prozent gutgeheissen. Damit fällt die absurde Regelung dahin, wonach in bestimmten Tankstellenshops zwischen ein und fünf Uhr nachts nur ein Teil des Sortiments verkauft werden durfte. Von dieser Liberalisierung profitieren schweizweit 24 Tankstellenshops.
(NZZ 23.09.13; „Bund“ 23.09.13; BZ 23.09.13)
- 16.09. **Keine Aufnahme in den Netzbeschluss** – Der Nationalrat hat es abgelehnt, die Hauptstrasse zwischen Kirchberg und Hasle-Rüegsau sowie die Anbindung des Oberaargaus von der Autobahn A1 bis Langenthal als Autobahnzubringer ins Nationalstrassennetz aufzunehmen. Ebenso sprach sich die Grosse Kammer dagegen aus, den Bau eines Autobahnabschnitts zur Seeüberquerung östlich von Genf in den Netzbeschluss zu integrieren. Damit leistete der Nationalrat wie zu einem früheren Zeitpunkt bereits der Ständerat zwei Standesinitiativen der Kantone Bern und Genf keine Folge. Deshalb sind die Begehren nun bis auf weiteres vom Tisch.
(NZZ 17.09.13)
- 13.09. **Bundesrat verabschiedet Botschaft zu einem Sanierungstunnel am Gotthard** – Der Bundesrat schlägt den Bau eines zweiten Strassentunnels durch den Gotthard vor. Er hat die entsprechende Botschaft zuhanden der eidgenössischen Räte verabschiedet. In der Vernehmlassung hatten sich eine Mehrheit der Kantone sowie eine knappe Mehrzahl der teilnehmenden Parteien, Verbände und Organisationen für den Vorschlag der Landesregierung ausgesprochen. In der Bundesversammlung scheint eine zweite Röhre am Gotthard-Strassentunnel mehrheitsfähig. Allerdings haben linke Parteien und Organisationen bereits angekündigt, dass sie gegen die Pläne des Bundesrats das Referendum ergreifen werden. Auch bei der nun präsentierten Sanierungsvariante wird es zu einer vollständigen Sperrung von 140 Tagen für Überbrückungsumbauten kommen. Dies deshalb, weil der neue Tunnel frühestens ab 2027 geöffnet werden kann. Die Sanierung des bestehenden Gotthard-Strassentunnels durch den Bau einer zweiten Röhre soll insgesamt auf 2,8 Milliarden Franken zu stehen kommen. Der neu zu bauende Strassentunnel allein kostet dabei zwei Milliarden Franken. Sind dereinst beide Tunnels in Betrieb, sollen sie jeweils nur einspurig befahrbar sein. Damit wird dem in der Bundesverfassung verankerten Alpenschutzartikel Rechnung getragen.
(NZZ 14.09.13; BaZ 14.09.13, BZ 14.09.13; „Bund“ 14.09.13; „Blick“ 14.09.13; AR 18.09.13; ASTRA-Medienmitteilung 13.09.13)
- 12.09. **Ständerat genehmigt Verpflichtungskredit zur Lärmsanierung der Eisenbahnen** – Nach dem Nationalrat hat auch das „Stöckli“ den Bundesbeschluss über die Finanzierung der Lärmsanierung der Eisenbahnen gutgeheissen und dafür einen Verpflichtungskredit von gut 1,5 Milliarden Franken genehmigt.
(BBl 2014 S. 1765)
- 04.09. **Bundesrat verabschiedet Botschaft zur Energiestrategie 2050** – Der Bundesrat hat die Botschaft zum ersten Massnahmenpaket der Energiestrategie 2050 verabschiedet. Darin hält die Landesregierung an den Grundzügen der Energiestrategie fest, hat aber die Massnahmen stärker an den politischen Realitäten ausgerichtet. Im Verkehrsbereich sollen die Emissionsvorschriften für neue Personen- und Lieferwagen von der Europäischen Union (EU) übernommen werden. Die Vorgabe bis ins Jahr 2020 beträgt

durchschnittlich 95 Gramm CO₂ (Kohlendioxid) pro Kilometer. Gleichzeitig hat der Bundesrat einen Grundlagenbericht betreffend den Übergang vom Förder- zum Lenkungssystem in die Vernehmlassung gegeben. Dabei werden zwei Varianten vorgeschlagen. Während die erste Variante auf eine neue Treibstoffbesteuerung verzichtet, wird bei der zweiten Variante die CO₂-Abgabe auf Brennstoffe auch auf Treibstoffe (rund 30 Rappen pro Liter) ausgedehnt. Bundesrätin Doris Leuthard gab allerdings offen zu, dass sie diese Ausdehnung ablehnt. Sicher ist, dass die Einführung eines Energielenkungssystems einer Verfassungsänderung und somit einer obligatorischen Abstimmung bedarf.

(BFE-Medienmitteilung 04.09.13; NZZ 05.09.13; BBl 2013 S. 7561-7800)

04.09. Verstärkte Teilnahme am europäischen Strassentransportmarkt – Künftig sollen auch Güterfahrzeuge mit einem Gesamtgewicht von 3,5 bis sechs Tonnen einer Lizenzpflicht unterstellt sein. Diese Erweiterung betrifft insbesondere Kleinlastwagen und Lieferwagen mit Anhängern. Zudem sollen Strafbestimmungen im Strassentransport an das EU-Recht angeglichen werden. Der Bundesrat hat diese Änderungen beschlossen, damit inländische und europäische Strassentransportunternehmen weiterhin ungehindert in der Schweiz und in der Europäischen Union (EU) zirkulieren können. Eine entsprechende Botschaft hat die Landesregierung zuhanden der eidgenössischen Räte verabschiedet.

(BAV-Medienmitteilung 04.09.13; BBl 2013 S. 7185-7232)

30.08. Im Jahr 2014 erhält die Schiene 1,87 Milliarden Franken von der Strasse – Im Jahr 2014 werden die Strassenbenützer wiederum die Strasseninfrastruktur und im Umfang von 1,87 Milliarden Franken auch einen Grossteil der neuen Schieneninfrastruktur bezahlen. Die ausgewiesenen und die geschätzten Gesamteinnahmen des Bundes aus Strassen- und Autosteuern belaufen sich 2014 voraussichtlich auf gegen 9,5 Milliarden Franken.

(Medienmitteilung **strasseschweiz** 30.08.13)

22.08. Bundesgericht erklärt LSVA-Erhöpfung für rechtens – Gemäss einem abschliessenden Urteil des Bundesgerichts hat der Bund die leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe (LSVA) im Jahr 2009 zu Recht erhöht. Damit revidierten die Lausanner Richter die Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts, das zum Schluss gelangt war, dass die LSVA-Erhöpfung nicht mit dem Kostendeckungsprinzip zu vereinbaren sei. Laut dem Bundesgericht ist das Bundesverwaltungsgericht damit in unzulässiger Weise von früheren höchstrichterlichen Vorgaben betreffend die LSVA abgewichen. Diese beruhten auf der vom Volk beschlossenen Gesamtverkehrskonzeption, insbesondere auf der Entscheidung, wonach der Schwerverkehr langfristig seine Kosten decken müsse und der Güterverkehr vermehrt von der Strasse auf die Schiene verlagert werden soll. Die vom Bundesverwaltungsgericht verwendeten Berechnungsmodelle seien mit den entsprechenden gesetzlichen Wertungen und den Vorgaben des Bundesgerichts nicht zu vereinbaren.

Der Schweizerische Nutzfahrzeugverband (ASTAG) kritisierte in einer Medienverlautbarung das Bundesgerichtsurteil scharf. Die Lausanner Richter würden die staatliche Abzockerei sanktionieren. Der Bund habe mit willkürlichen Berechnungen hantiert. Die ASTAG forderte nach dem letztinstanzlichen Verdikt, dass die höheren Abgaben nach Fertigstellung der Neuen Eisenbahn-Alpentransversalen (NEAT) wie vom Volk bestimmt für den Strassenverkehr verwendet werden. Vor allem aber müssten die

künftigen Diskussionen um externe Kosten von einem allseits anerkannten Expertengremium abgesegnet werden.

(NZZ 23.08.13; ASTAG-Medienmitteilung 22.08.13)

16.08. Zukunftsperspektiven des Schienengüterverkehrs – In einer umfassenden Studie gelangt die Branche zum Schluss, dass der Schienengüterverkehr bis ins Jahr 2030 um 35 Prozent wachsen wird. Nicht erfasst wurden dabei die Transitgüter. Beim Personenverkehr sollen die Volumina sogar um 59 bis 83 Prozent steigen. Die vom Verband öffentlicher Verkehr (VöV), SBB Cargo und dem Verband der verladenden Wirtschaft (VAP) in Auftrag gegebene Studie weist darauf hin, dass die Bahn damit lediglich die im vergangenen Jahrzehnt realisierten Mengen erreicht. Die Branche fordert, dass dem Schienengüterverkehr auf den stark beanspruchten Achsen Basel-Mittelland, Genf-Lausanne, Jurasüdfuss sowie Aarau-Zürich minimale Kapazitäten garantiert werden und die tägliche Betriebszeit für den Güterverkehr von heute 15 auf 18 Stunden erhöht wird, da er sonst wegen Kapazitätsengpässen sein Potenzial nicht ausschöpfen könne. Schliesslich soll der Bund Geld für neue Techniken beim Verkehrsträgerwechsel bereitstellen.

(NZZ 17.08.13; BaZ 20.08.13)

25.07. Referendum „Nein zur 100-Franken-Autobahnvignette“ zustande gekommen – Das Referendum gegen die Änderung vom 22. März 2013 des Bundesgesetzes über die Abgabe für die Benützung von Nationalstrassen (Nationalstrassenabgabegesetz [NSAG]) ist formell zustande gekommen. Von den rund 108'885 Unterschriften, die bei der Bundeskanzlei eingereicht wurden, sind 107'424 gültig. Die Vorlage wird demnach gemäss Entscheid des Bundesrats vom 3. Juli 2013 am 24. November 2013 zur Abstimmung gebracht.

(Medienmitteilung Bundeskanzlei 25.07.13; BBl 2013 S. 6265 und S. 7017)

10.07. Einreichung des Referendums „Nein zur 100-Franken-Autobahnvignette“ – Das Komitee für das Referendum „Nein zur 100-Franken-Autobahnvignette“ hat gut 105'800 stimmrechtsbescheinigte Unterschriften bei der Bundeskanzlei eingereicht. Weitere rund 20'000 Unterschriften sind zwar gesammelt, aber noch nicht bescheinigt worden.

(Medienmitteilung Komitee 10.07.13)

09.07. Umweltbericht 2013 publiziert – Das Bundesamt für Umwelt (BAFU) hat den Umweltbericht 2013 veröffentlicht. Gemäss diesem Bericht hat die schweizerische Umweltpolitik seit den 1980er-Jahren zahlreiche Fortschritte erzielt. So verbesserte sich beispielsweise die Luftqualität deutlich. Trotzdem sei die Konzentration gewisser Schadstoffe in der Luft (Feinstaub, Ozon, Stickoxide, Ammoniak) regelmässig zu hoch. Die natürlichen Ressourcen der Schweiz würden stark beansprucht, unter anderem auch durch die zunehmende Mobilität. Ferner fielen mehr als die Hälfte der Umweltbelastungen, die durch den inländischen Konsum entstehen, im Ausland an.

(BAFU-Medienmitteilung 09.07.13)

05.07. Bedingter Rückzug der Cleantech-Initiative – Das Komitee, das für die Lancierung und Einreichung der Eidgenössischen Volksinitiative „Neue Arbeitsplätze dank erneuerbaren Energien (Cleantech-Initiative)“ verantwortlich zeichnet, hat sein Volks-

begehren bedingt zurückgezogen.

(BBl 2013 S. 5481; „Bund“ 17.07.13; BBl 2013 S. 8493)

- 05.07. Strengere Effizienzkriterien für Neuwagen ab Januar 2014** – Das Eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) verschärft die Energieeffizienzkategorien der Energieetikette für neue Personenwagen. Diese Energieetikette wird vom UVEK jährlich (Stichdatum 31. Mai) dem neuesten Stand der Technik angepasst, da sonst der Anteil an Fahrzeugen in der besten Effizienzkategorie A ständig zunehmen würde. Die angepasste Verordnung des UVEK über Angaben auf der Energieetikette von neuen Personenwagen (VEE-PW) gilt ab 1. August 2013 mit einer Übergangsfrist bis 31. Dezember 2013. Durch verbesserte Motoren sind der Treibstoffverbrauch und die CO₂-Emissionen von Neuwagen stetig gesunken. Heute liegt der durchschnittliche CO₂-Ausstoss der Neufahrzeuge in der Schweiz bei 148 Gramm Kohlendioxid (CO₂) pro Kilometer.
(BFE-Medienmitteilung 05.07.13; AS 2013 S. 2407)
- 03.07. Geringe Zunahme der Treibhausgasemissionen im Jahr 2012** – Gemäss der CO₂-Statistik des Bundesamts für Umwelt (BAFU) hat sich der CO₂-Ausstoss im Jahr 2012 gegenüber 2011 leicht erhöht; sowohl der CO₂-Ausstoss aus dem Verbrauch von Brennstoffen als auch jener im Treibstoffsektor hat geringfügig zugenommen. Mit der CO₂-Statistik hat das BAFU auch Bilanz über die im Jahr 2012 zu Ende gegangene erste Reduktionsperiode gezogen. Unter Berücksichtigung des Kaufs ausländischer Emissionszertifikate von rund drei Millionen Tonnen pro Jahr (für die Periode 2008-2012) durch die Stiftung Klimarappen, die dem Treibstoffziel angerechnet werden dürfen, waren die CO₂-Emissionen aus Treibstoffen zwar 6,6 Prozent tiefer als 1990, das Ziel von minus acht Prozent wurde allerdings nicht erreicht. Hingegen wurde das Gesamtziel des alten CO₂-Gesetzes – namentlich eine Reduktion von zehn Prozent der Brenn- und Treibstoffe – unter Berücksichtigung des Zukaufs von Emissionsminderungszertifikaten aus dem Ausland erreicht (Reduktion um 11,6 Prozent). Aufgrund der heute vorliegenden Daten kann der Treibhausgasausstoss gemäss Kyoto-Protokoll für das Jahr 2012 geschätzt werden: Er beträgt 51,5 Millionen Tonnen, was rund 2,5 Prozent weniger als 1990 ist (52,8 Millionen Tonnen). Damit wird die bisherige Schätzung bestätigt, wonach die Schweiz das Kyoto-Ziel unter Berücksichtigung des Kaufs ausländischer Zertifikate und der Senkenleistung des Walds realisieren kann. Eine diesbezügliche definitive Aussage wird jedoch erst im Jahr 2014 nach Einreichung des Treibhausgasinventars für das Jahr 2012 an die Organisation der Vereinten Nationen (UNO) möglich sein.
(NZZ 04.07.13; BAFU-Medienmitteilung 03.07.13)
- 03.07. Stiftung Klimaschutz und CO₂-Kompensation nimmt Tätigkeit auf** – Die von der Erdöl-Vereinigung (EV) gegründete Stiftung Klimaschutz und CO₂-Kompensation (KliK) hat ihre Tätigkeit aufgenommen. KliK finanziert, unterstützt, plan und realisiert in der Schweiz Projekte, die den Ausstoss von Treibhausgasen reduzieren und trägt damit aktiv zum Klimaschutz bei. Als Kompensationsgesellschaft nimmt KliK den Inverkehrbringenden von fossilen Treibstoffen die im revidierten CO₂-Gesetz verankerte Pflicht ab, einen Teil der bei der Treibstoffnutzung entstehenden CO₂-Emissionen zu kompensieren. Es ist zu erwarten, dass die Kosten für die Kompensation zwischen ein und zwei Rappen pro Liter Treibstoff betragen werden.
(KliK-Medienmitteilung 03.07.13)

- 28.06. **Rückzug der VCS-Initiative „Für den öffentlichen Verkehr“** – Das Komitee der Eidgenössischen Volksinitiative „Für den öffentlichen Verkehr“ hat beschlossen, sein Begehren zugunsten des von der Bundesversammlung deutlich genehmigten direkten Gegenvorschlags „Finanzierung und Ausbau der Bahninfrastruktur“ (FABI) zurückzuziehen. Damit anerkenne das Komitee, dass mit FABI ein Gegenentwurf auf dem Tisch liegt, der ebenso viele Gelder für den öffentlichen Verkehr generiert wie die unter der Federführung des Verkehrs-Clubs (VCS) der Schweiz eingereichte Volksinitiative. (NZZ 29.06.13; AR 03.07.13; Medienmitteilung „Allianz für den öffentlichen Verkehr“ 28.06.13; BBl 2013 S. 5797 und 6518)
- 27.06. **Mitgliederversammlung von strasseschweiz** – An der 68. Mitgliederversammlung von strasseschweiz – Verband des Strassenverkehrs FRS hat Verbandspräsident Niklaus Zürcher betont, dass sich die Schweiz und die Wirtschaft die ständig wiederkehrenden und sich häufenden Staus sowie Verkehrszusammenbrüche auf den wichtigsten Verkehrsstrecken auf die Dauer nicht leisten können. Er forderte ein effizientes Regelwerk für eine abgesicherte Strassenfinanzierung, konkret den Strasseninfrastrukturfonds, der durch die bisherigen Abgaben des Strassenverkehrs finanziert werden soll. Falls die baureifen Strassenprojekte nicht allein mit den bisherigen Verkehrsabgaben finanziert werden können und zusätzliche Finanzmittel notwendig sind, so müssten diese über die Erträge aus bestehenden Verkehrsabgaben beschafft werden. Es brauche keine Verdreifachung des Preises der Autobahnvignette und auch keine Erhöhung der Mineralölsteuern. (Info strasseschweiz 27.06.13)
- 27.06. **Durchschnittlicher Spritverbrauch von Neuwagen erneut gesunken** – 6,21 Liter (l) pro 100 Kilometer (km) hat der spezifische Treibstoffnormverbrauch der im Jahr 2012 neu in Verkehr gesetzten Personenwagen (PW) im Durchschnitt betragen. Gegenüber 2011 (6,39 l/100 km) entspricht dies einer Abnahme um 2,8 Prozent. Die mittleren CO₂-Emissionen der Neuwagen sind um 2,6 Prozent gesunken und lagen 2012 bei 151 Gramm (g) CO₂ pro km (2011: 155 g/km). Hingegen erneut leicht angestiegen ist das durchschnittliche Leergewicht der neuen PW: Es betrug 2012 1'510 Kilogramm, was einem neuen Rekordwert entsprach und gegenüber 2011 einen Zuwachs um 27 Kilogramm oder 1,8 Prozent bedeutete. Zugenommen hat im Jahr 2012 auch der mittlere Hubraum der Neuwagen; er lag bei 1'805 Kubikzentimeter (cm³). Dies waren 25 cm³ mehr als 2011. Nachdem 2009 erstmals seit 1996 der Anteil neuer Autos mit Dieselmotor gesunken war, steigt er seit 2010 wieder an und belief sich 2012 auf 37,1 Prozent (2011: 33 Prozent). Die neu in Verkehr gebrachten Diesel-PW verbrauchten 2012 im Durchschnitt 5,83 l/100 km (2011: 6 l/100 km); das sind 0,6 l oder gut zehn Prozent weniger als der mittlere Verbrauch der neuen PW mit Benzinmotor. Eine ganz wichtige Rolle bei der Abnahme des durchschnittlichen Treibstoffverbrauchs spielen die Käuferinnen und Käufer von Neuwagen: Rund 60 Prozent aller Neuwagenkunden entschieden sich für ein Fahrzeug der besten Energieeffizienz-Kategorien A, B oder C. (BFE-Medienmitteilung 27.06.13; Medienmitteilung und 17. Berichterstattung von auto-schweiz 27.06.13)
- 27.06. **Zu hohe CO₂-Emissionen von Neuwagen führen zu Sanktionen** – Seit dem 1. Juli 2012 gelten in der Schweiz analog zur Europäischen Union (EU) CO₂-Emissionsvorschriften für neue Personenwagen (PW). Die Schweizer Automobil-Importeure sind verpflichtet, die Emissionen der erstmals in der Schweiz zum Verkehr zugelassenen PW bis ins Jahr

2015 im Durchschnitt auf 130 Gramm (g) CO₂ (Kohlendioxid) pro Kilometer (km) zu senken; ansonsten droht eine Sanktionsabgabe. Im zweiten Halbjahr 2012 mussten allerdings nur 65 Prozent der Neuwagenflotte (149'400 PW) die Emissionsvorschriften erfüllen. Die durchschnittlichen CO₂-Emissionen dieser PW lagen bei 149 g/km, jene der sanktionsrelevanten bei rund 129 g/km. Einzelne Importeure haben die individuelle Zielvorgabe überschritten. Die erhobenen Sanktionen beliefen sich auf insgesamt rund 3,5 Millionen Franken; davon entfielen rund drei Millionen Franken oder 86 Prozent auf Klein- und Privatimporteure.

(BFE-Medienmitteilung 27.06.13; AR 03.07.13)

- 27.06. **Gesamtenergieverbrauch 2012 um 3,7 Prozent gestiegen** – Gemäss dem Bundesamt für Energie (BFE) ist im Jahr 2012 der Gesamtenergieverbrauch in der Schweiz gegenüber 2011 um 3,7 Prozent auf 882'280 Terajoule (TJ) angestiegen. Für diese Zunahme zeichnete primär die kühlere Witterung verantwortlich. Während der Brennstoffverbrauch stark anwuchs, nahm der Treibstoffverbrauch insgesamt um gut ein Prozent nur leicht zu. Dabei legten der Absatz von Dieselöl (plus 6,1%) deutlich und jener der Flugtreibstoffe (plus 2,4%) moderat zu. Der Benzinverbrauch war – wie bereits in den vergangenen zwölf Jahren – rückläufig (minus 3,5%). Der Trend zur Substitution von Benzin durch Dieseltreibstoff setzte sich damit ungebrochen fort. Nicht zuletzt stieg auch der Verbrauch von Biotreibstoffen erneut deutlich an (plus 15,6%).
(NZZ 28.06.13; BFE-Medienmitteilung 27.06.13)

- 26.06. **Bundesrat macht Vorschläge zur künftigen Finanzierung des Strassenverkehrs** – Der Bundesrat will die Finanzierung der Nationalstrassen und des Agglomerationsverkehrs langfristig sicherstellen und hat deshalb beschlossen, auf Verfassungsstufe einen unbefristeten Fonds zu schaffen. Aus diesem sollen sämtliche Aufwendungen für die Nationalstrassen sowie die Beiträge an den Agglomerationsverkehr finanziert werden. In den neuen Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrsfonds (NAF) sollen gemäss der Hauptvariante des Bundesrats jährlich gegen vier Milliarden Franken fliessen: davon rund drei Milliarden Franken aus dem um 15 Rappen erhöhten Mineralölsteuerzuschlag, rund 600 Millionen Franken aus der auf hundert Franken erhöhten Autobahnvignette, 250 Millionen Franken aus der neu zu zwei Drittel zweckgebundenen Automobilsteuer und rund 150 Millionen Franken aus einem neuen Pauschalbeitrag von etwa 500 Franken pro Elektroauto. Die Mineralölsteuer hingegen soll wie bis anhin je hälftig in die Spezialfinanzierung Strassenverkehr (SFSV) sowie in die allgemeine Bundeskasse fliessen. Aus der SFSV sollen die übrig bleibenden Aufgaben sowie die heute via den aufzulösenden Infrastrukturfonds ausbezahlten Beiträge an Hauptstrassen in Berggebieten und Randregionen bezahlt werden. Der Bundesrat beabsichtigt, eine entsprechende Vorlage im kommenden Herbst in die Vernehmlassung zu geben. In verschiedenen Medienverlautbarungen haben die Strassenverkehrsverbände eine Fondslösung zwar begrüsst, die Anhebung des Mineralölsteuerzuschlags aber abgelehnt.
(ASTRA-Medienmitteilung 26.06.13; NZZ 27.06.13; BaZ 27./28.06.13; „Bund“ 27.06.13; „Blick“ 27.06.13; AR 03.07.13)

- 26.06. **Agglomerationsprogramme: Bundesrat eröffnet Vernehmlassung** – 35 Städte und Agglomerationen sollen ab 2015 vom Bund mit rund 1,6 Milliarden Franken zur Verbesserung ihrer Verkehrsinfrastrukturen unterstützt werden. Dadurch reduzieren sich die im Infrastrukturfonds verbleibenden Mittel auf rund 370 Millionen Franken. Zu seinem Beschluss über die Freigabe der Mittel betreffend die zweite Generation der

Agglomerationsprogramme hat der Bundesrat die Vernehmlassung eröffnet.
(ARE-Medienmitteilung 26.06.13)

- 25.06. **EU verschärft Klimavorgaben für Autos** – Der durchschnittliche Ausstoss von CO₂ (Kohlendioxid) von neuen Personenwagen (PW) muss in der Europäischen Union (EU) bis ins Jahr 2020 auf 95 Gramm (g) pro Kilometer (km) gesenkt werden. Dies sieht ein Kompromiss zur Überarbeitung der Klimaschutzvorschriften für Autos vor. Dieser Kompromiss muss allerdings noch von den EU-Staaten und vom -Parlament bestätigt werden. 2012 lag der mittlere CO₂-Ausstoss neuer PW in der EU mit gut 132 g/km bereits sehr nahe an der für 2015 vorgeschriebenen Limite von 130 g/km. (NZZ 26.06.13; 20Minuten 26.06.13)
- 21.06. **Schlussabstimmung in den eidgenössischen Räten** – Die Bundesversammlung hat die Neuordnung der Bahnfinanzierung sowie einen Ausbau des Bahnnetzes (FABI) bis 2025 für 6,4 Milliarden Franken gutgeheissen. Beschlossen wurde mit 182 zu sechs (Nationalrat) bzw. mit 45 zu null (Ständerat) Stimmen die Ablehnung der VCS-Initiative „Für den öffentlichen Verkehr“, mit 144 zu 40 bzw. 44 zu null Stimmen die Bahnfinanzierung, mit 152 zu 34 bzw. 45 zu null Stimmen der Ausbaus Schritt 2025 und mit 116 zu 33 bzw. 37 zu null Stimmen der direkte Gegenentwurf samt neuem Bahninfrastrukturfonds (BIF). Im Weiteren haben der Nationalrat mit 118 zu 73 und der Ständerat mit 29 zu 16 Stimmen die Cleantech-Initiative der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz abgelehnt sowie als indirekten Gegenvorschlag eine höhere Abgabe für die kosten- deckende Einspeisevergütung (KEV) in Form einer Änderung des Energiegesetzes genehmigt.
Via Medienmitteilung liess **strasseschweiz** verlauten, die Bundesversammlung habe erkannt, dass die VCS-Initiative „Für den öffentlichen Verkehr“ die bewährte Strassenfinanzierung zerstört. Deshalb empfehle sie die VCS-Initiative Volk und Ständen mit grosser Mehrheit zur Ablehnung. Als direkter Gegenvorschlag wird dem Souverän die FABI-Vorlage präsentiert, die nach Auffassung von **strasseschweiz** erhebliche Mängel aufweist. So werde insbesondere die Quersubventionierung von der Strasse hin zur Schiene nicht nur unvermindert fortgesetzt, sondern sogar ausgebaut. Das wirke sich unmittelbar auf die „Strassenkasse“ aus, indem dieser massiv Gelder entzogen werden, die künftig für die Finanzierung der Strasseninfrastruktur fehlen. Eine faire Verkehrsfinanzierung sehe definitiv anders aus. Deshalb erhebe **strasseschweiz** zur Finanzierung des Strassenwesens einen Anspruch auf die Erträge aus den Verkehrsabgaben, die bis dato in die allgemeine Bundeskasse fliessen.
(NZZ 22.06.13; Medienmitteilung **strasseschweiz** 21.06.13; BBl 2013 S. 4719-4727; BBl 2013 S. 5229)
- 20.06. **Eidg. Volksinitiative „Pro Service public“ zustande gekommen** – Die Eidg. Volksinitiative „Pro Service public“ ist mit rund 104'200 gültigen Unterschriften offiziell zustande gekommen.
(„Bund“ 25.06.13; BBl 2013 S. 4841)
- 17.06. **Keine Kenntnis von bzw. keine Unterstützung für „20-Rappen-Kompromiss“** – Für **strasseschweiz** – die Dachorganisation der Automobilwirtschaft und des Strassenverkehrs in der Schweiz – kommt eine Erhöhung der Mineralölsteuer solange nicht in Frage, als die bisherigen „Strassengelder“ in Milliardenhöhe für andere Zwecke verwendet werden und die grundlegenden Prinzipien der Verkehrsfinanzierung

unberücksichtigt bleiben. **strasseschweiz** hat keine Kenntnis von einem so genannten „20-Rappen-Kompromiss“, wie er von den Medien kolportiert wird, und würde diesen auch nicht unterstützen.

(Medienmitteilung **strasseschweiz** 17.06.13)

13.06. Kantone sollen sich mit Pauschalbeitrag an Bahnfinanzierung beteiligen – Im Differenzbereinigungsverfahren zur Vorlage FABI (Finanzierung und Ausbau Bahninfrastruktur) ist der Ständerat auf die Position des Nationalrats eingeschwenkt, wonach die Kantone sich an der künftigen Bahnfinanzierung mit pauschal 500 Millionen Franken pro Jahr beteiligen sollen. Diese finanziellen Mittel fliessen in den neuen Bahninfrastrukturfonds (BIF). Zur Bereinigung einer letzten Differenz geht die Vorlage zurück an den Nationalrat.

(NZZ 14.06.13)

12.06. Weiterer Schritt bei der Eisenbahn-Lärmsanierung – Der Nationalrat hat einstimmig ein Massnahmenpaket des Bundesrats gegen übermässigen Eisenbahnlärm genehmigt. Zentrales Element dieses Pakets sind neue Lärmgrenzwerte für Güterwagen. Ab dem Jahr 2020 werden damit Fahrten mit lärmigen (auch ausländischen) Güterwagen auf dem schweizerischen Bahnnetz faktisch verboten. Zur Finanzierung der Lärmsanierung hiess die Grosse Kammer gleichzeitig einen Verpflichtungskredit in der Höhe von 1,5 Milliarden Franken gut.

(NZZ 13.06.13; AS 2014 S. 469-472)

10.06. Verkehrsentwicklung und Verfügbarkeit der Nationalstrassen im Jahr 2012 – Gemäss dem Jahresbericht 2012 des Bundesamts für Strassen (ASTRA) zur Verkehrsentwicklung und Verfügbarkeit der Nationalstrassen sind auf den schweizerischen Autobahnen im Jahr 2012 knapp 26 Milliarden Fahrzeugkilometer zurückgelegt worden – oder 0,3 Prozent mehr als 2011. Insgesamt werden heute auf den Nationalstrassen fast 43,5 Prozent des gesamten Motorfahrzeugverkehrs der Schweiz abgewickelt. Der wachsende Verkehr schlug sich in Verkehrsunterbrüchen und Staus nieder: 2012 wurden total rund 19'920 Staustunden erfasst. Das waren vier Prozent mehr als 2011. Gut vier Fünftel aller Staustunden (rund 16'220) waren auf Verkehrsüberlastung zurückzuführen, was einer Zunahme von rund sieben Prozent gegenüber 2011 entsprach. Während die Fahrleistung auf dem gesamten Strassennetz seit 1990 um gut ein Fünftel angestiegen ist, hat sich die Fahrleistung auf den Nationalstrassen im gleichen Zeitraum mehr als verdoppelt (plus rund 109%). In den vergangenen 20 Jahren haben die Nationalstrassen nicht nur das gesamte zusätzliche Verkehrsaufkommen im motorisierten Individualverkehr aufgenommen, sondern die übrigen Strassen auch noch leicht vom Verkehr entlastet.

(NZZ 11.06.13; ASTRA-Medienmitteilung und -Jahresbericht 2012 10.06.13)

09.06. Klares Ja zur Südwestumfahrung in Brugg – Die rund 47 Millionen teure und drei Kilometer lange Südwestumfahrung von Brugg (AG) kann definitiv gebaut werden. Dies haben die Aargauer Stimmberechtigten mit einem Ja-Stimmenanteil von beinahe 70 Prozent entschieden. Mit der nun beschlossenen Entlastungsstrasse soll eine bessere Verbindung zwischen Region Aaretal/Schinznach und dem Anschluss der Autobahnen A1/A3 im Birrfeld sichergestellt werden.

(SRF-News 09.06.13; Aargauer Zeitung 23.04.13)

09.06. **Langer Umfahrungstunnel im Malcantone abgelehnt** – Die Tessiner Regierung und das Kantonsparlament wollen den unteren Malcantone durch eine Umfahrungsstrasse zwischen Agno und Bioggio sowie durch zwei kurze Tunnel entlasten. Gegen dieses Vorhaben brachte die Lega dei Ticinesi eine Volksinitiative zustande, die einen einzigen langen Tunnel zwischen Ponte Tresa und Bioggio forderte. Letzteren möchten allerdings die Tessiner Stimmberechtigten nicht und haben die Lega-Initiative mit gegen 53 Prozent Nein-Stimmen knapp verworfen. Der Bau eines durchgehenden Tunnels hätte rund eine Milliarde Franken gekostet, während die Variante von Regierung und Parlament auf insgesamt rund 500 Millionen Franken geschätzt wird.
(NZZ 10.06.13 und 04.06.13)

05.06. **Bahnausbau mit der grossen Kelle** – Nach dem Ständerat hat auch der Nationalrat beim Bahnausbau mit der grossen Kelle angerichtet. Der Nationalrat hiess den neuen unbefristeten Bahninfrastrukturfonds (BIF) samt einem ersten Ausbauprogramm bis ins Jahr 2025 in der Höhe von 6,4 Milliarden Franken ebenfalls gut. Insgesamt sollen pro Jahr rund fünf Milliarden Franken in den BIF fliessen. Davon zahlt der Bund fix 2,3 Milliarden Franken aus dem allgemeinen Bundeshaushalt sowie rund 200 Millionen via zwei Prozent der Bundessteuer der natürlichen Personen – Letzteres mittels der Beschränkung des Fahrkostenabzugs für Pendler auf 3000 Franken. Weitere rund 1,6 Milliarden Franken stammen aus dem bestehenden FinöV-Fonds: namentlich zwei Drittel der Erträge (rund eine Milliarde Franken) der leistungsabhängigen Schwerkverkehrsabgabe (LSVA), aus den Einnahmen der Mineralölsteuer (sog. NEAT-Viertel) rund 300 Mio. Franken und aus einem Promille der Einnahmen der Mehrwertsteuer (rund 350 Mio. Franken). Dabei gilt es anzumerken, dass der NEAT-Viertel befristet bis 2030 erhoben sowie gemäss Beschluss der Grossen Kammer „nur“ für die Rückzahlung der FinöV-Schulden und nicht zur Finanzierung künftiger Bahnprojekte verwendet werden soll. Ferner ist vorgesehen, neu eine bis 2030 befristete Erhöhung der Mehrwertsteuer um ein zusätzliches Promille (rund 350 Mio. Franken) dem BIF zukommen zu lassen. Schliesslich sollen gemäss Beschluss des Nationalrats die Kantone eine Einlage von pauschal 500 Millionen Franken jährlich zur Finanzierung der Infrastrukturkosten an den BIF leisten. Ausserhalb des BIF sollen die Bahnbenützer via die Überwälzung der Trassenpreiserhöhung rund 300 Millionen Franken bezahlen. Die Vorlage mit dem Titel „Finanzierung und Ausbau Bahninfrastruktur“ (FABI) gilt als direkter Gegenvorschlag zur VCS-Initiative „Für den öffentlichen Verkehr“. Dieses Volksbegehren erheischte im Nationalrat zwar viel Lob, wurde allerdings mit 112 zu 68 Stimmen klar abgelehnt.
(„Blick“ 06.06.13; NZZ 05./06.06.13; BaZ 06.06.13)

30.05. **Eidg. Volksinitiative „Pro Service public“ eingereicht** – Vertreter der Zeitschriften „K-Tipp“ und „Saldo“ haben bei der Bundeskanzlei mit rund 106'000 bescheinigten Unterschriften die von ihnen lancierte Eidg. Volksinitiative „Pro Service public“ eingereicht. Das Volksbegehren verlangt, dass der Bund bzw. die entsprechend beauftragten Unternehmen im Bereich der klassischen Grundversorgung (Bahn, Post, Telekommunikation) nicht nach Gewinn streben, auf Quersubventionierungen verzichten und keine fiskalischen Interessen verfolgen. In einer Stellungnahme hielten die Gewerkschaften fest, wenn die bundesnahen Betriebe keinen Gewinn mehr erwirtschaften dürften, würden sie mittelfristig privatisiert, da der öffentlichen Hand die zur Finanzierung notwendigen Mittel fehlten.
(NZZ 31.05.13)

- 30.05. Fast zwei Millionen Personen pendeln mit dem Auto zur Arbeit** – Gemäss dem Bundesamt für Statistik (BFS) pendeln stets mehr Schweizer zur Arbeit und die dafür zurückgelegten Wege werden immer länger. Neun von zehn erwerbstätigen Personen (total 3,7 Mio.) waren im Jahr 2011 als Pendler zu Arbeit unterwegs. Davon haben rund zwei Millionen für den Arbeitsweg hauptsächlich den motorisierten Individualverkehr (MIV), also das Auto, das Motorrad oder ein anderes privates Motorfahrzeug benützt. Dies entsprach 55 Prozent aller Pendler. Seit dem Jahr 2000 ist die Zahl MIV-Pendler zwar um rund 230'000 Personen angestiegen, der Anteil ging verglichen mit den anderen Verkehrsmittelarten allerdings um drei Prozent zurück. Der Grund dafür lag im starken Zuwachs jener Arbeitspendler, die den öffentlichen Verkehr (öV) wählten. Die entsprechende Zahl nahm seit 2000 um 320'000 Personen zu. Damit stieg der Anteil der öV-Pendler von 26 auf 29 Prozent. Der Anteil jener Pendler, die sich per so genanntem Langsamverkehr (Fahrrad oder zu Fuss) zur Arbeit begeben, betrug – unverändert seit dem Jahr 2000 – 16 Prozent. Im Jahr 2011 waren es 600'000 Personen. Vincent Kaufmann, Professor für Stadtsoziologie und Mobilitätsanalyse an der ETH Lausanne, konstatierte, dass vor allem die Beschleunigung und der Angebotsausbau bei der Bahn hierzulande zu längeren Pendlerdistanzen geführt hätten. Heute lege fast ein Zehntel der Erwerbstätigen in der Schweiz täglich Arbeitswege über Distanzen von mehr als 50 Kilometer zurück. Wenn die Bahn weiter beschleunigt werde – auf der Strasse seien die möglichen Geschwindigkeiten ausgereizt –, würden mehr und mehr Menschen auch aus der Mittelschicht zu Pendlern zwischen den Agglomerationen. Die höhere Geschwindigkeit der Bahn zwischen Bern und Olten sowie die Fahrplanverdichtungen im gesamten Land hätten insbesondere zu einer weiteren Verkehrszunahme geführt.
(NZZ 31.05.13; AR 05.06.13; BFS-Medienmitteilung 30.05.13)
- 29.05. Bundesrat verabschiedet Verordnungen zur Bahnreform 2** – Im Rahmen des zweiten Schritts zur Bahnreform 2 hat der Bundesrat verschiedene Verordnungen verabschiedet. Damit will die Landesregierung den grenzüberschreitenden Eisenbahnverkehr vereinfachen und sicherstellen, dass regionale Personenverkehr effizient funktioniert sowie langfristig gut finanziert ist. In diesem Zusammenhang soll lediglich bei Bahnlinien mit einem Kostendeckungsgrad von weniger als 30 Prozent eine Überprüfung punkto Umstellung auf Busbetrieb durchgeführt werden und nicht, wie ursprünglich vorgeschlagen, bei Linien mit einem Kostendeckungsgrad von unter 50 Prozent. Statt 175 betrifft dies nur noch 17 Bahnlinien. Vorgesehen ist, dass die besagte Überprüfung jeweils vor der Genehmigung von neuem Rollmaterial und dem Entscheid über grössere Infrastrukturinvestitionen erfolgen sowie alle zehn Jahre wiederholt werden soll. Gemäss Bundesrat ist eine Umstellung nur dann sinnvoll, wenn der Busbetrieb eine effiziente, kundenfreundliche Alternative darstellt. Daher sollen bei der Überprüfung nebst der Wirtschaftlichkeit auch die Auslastung der Linie während der Hauptverkehrszeiten sowie die Auswirkung einer allfälligen Umstellung auf die Qualität der Erschliessung als Kriterien berücksichtigt werden. Substanzielle Kostenersparnisse könnten nur dann realisiert werden, wenn nicht nur der Bahnbetrieb umgestellt, sondern die ganze Schieneninfrastruktur aufgehoben werden kann. Der Grund dafür liege im hohen Fixkostenanteil des Infrastrukturbetriebs. Der Bundesrat zeigte sich überzeugt davon, dass eine massvolle Umsetzung des Prüfauftrags betreffend die Umstellung von Bahn- auf Busbetrieb sowohl im Interesse einer nachhaltigen Entwicklung des öffentlichen Verkehrs als auch der Finanzpolitik und damit der Steuerzahlenden ist.
(NZZ 30.05.13; BZ 30.05.13; BAV-Medienmitteilung 29.05.13; AS 2013 S. 1603, 1641-1708)

- 28.05. Autopartei lanciert drei Volksinitiativen** – Die Autopartei hat drei Volksbegehren gleichzeitig lanciert. Mit der Eidgenössischen Volksinitiative „Ja zu vernünftigen Tempolimiten“ soll die Höchstgeschwindigkeit auf Autobahnen von heute 120 auf 130 Stundenkilometer (km/h) und jene ausserorts von 80 auf 100 km/h hinaufgesetzt werden. Die Eidgenössische Volksinitiative „Freie Fahrt statt Megastaus“ verlangt den Ausbau der Autobahnen, und die Eidgenössische Volksinitiative „Strassengelder gehören der Strasse“ will die nötigen finanziellen Mittel für diesen Ausbau sicherstellen. Die Sammelfrist für die drei Volksbegehren läuft bis 28. November 2014. (BaZ 29.05.13; Medienmitteilung Autopartei 28.05.13; BBl 2013 S. 3329-3340)
- 22.05. Bundesrat beschliesst Bau und Finanzierung eines Vier-Meter-Korridors** – Auf der Gotthardachse der Neuen Eisenbahn-Alpentransversalen (NEAT) sollen künftig Sattelaufleger mit vier Meter Eckhöhe befördert werden können. Deshalb hat der Bundesrat beschlossen, auf den Zulaufstrecken zur NEAT am Gotthard einen so genannten Vier-Meter-Korridor zu realisieren und zu finanzieren. Die entsprechende Umsetzung bis ins Jahr 2020 erfordert den Ausbau von 20 Tunnels. Insgesamt sind zwischen Basel und der Alpensüdseite 170 Ausbaumassnahmen (Tunnelanpassungen, Perrondächer, Fahrstrom- und Signalanlagen sowie Überführungen) notwendig, um bis 2030 rund 160'000 Sattelaufleger pro Jahr von der Strasse auf die Schiene zu verlagern. Die Gesamthöhe der für die Erstellung des Vier-Meter-Korridors benötigten Kredite beläuft sich auf 940 Millionen Franken, davon 230 Millionen als Darlehen oder A-fonds-perdu-Beitrag für Ausbauten auf italienischem Boden. Gemäss Bundesrat soll der Ausbau zunächst über den Fonds zur Finanzierung der Eisenbahngrossprojekte (FinöV) und später über den Bahninfrastrukturfonds (BIF) abgewickelt werden. (NZZ 23.05.13; „Bund“ 23.05.13; BAV-Medienmitteilung 22.05.13; BBl 2013 S. 3823-3882)
- 15.05. Referendum gegen Änderung des Arbeitsgesetzes zustande gekommen** – Gegen die Änderung des Arbeitsgesetzes, mit der Tankstellenshops rund um die Uhr ihr ganzes Sortiment verkaufen dürfen, ist das Referendum mit gut 70'300 gültigen Unterschriften zustande gekommen. (BBl 2013 S. 3145-3146)
- 08.05. Grundversorgung in der Verfassung: Bundesrat verabschiedet Botschaft** – Der Bundesrat hat die Botschaft für eine allgemeine Verfassungsbestimmung über die Grundversorgung verabschiedet und an die eidgenössischen Räte überwiesen. Die Landesregierung erfüllt damit zwar eine Motion aus dem Ständerat, spricht sich im Grundsatz aber nach wie vor gegen die Schaffung einer solchen Bestimmung aus, da sie keinen praktischen Nutzen mit sich bringen würde. Einer der betroffenen Sachbereiche wäre auch der Personen- und Gütertransport. Der Bundesrat legt nun drei unterschiedlich ausführliche und differenzierte Varianten vor. Allen diese Varianten gemein ist, dass aus der neuen Bestimmung über die Grundversorgung keine unmittelbaren Ansprüche auf staatliche Leistungen abgeleitet werden könnten. Vielmehr handle es sich in jedem Fall um einen Verfassungsartikel mit symbolischem Charakter. Sollte die Bundesversammlung dennoch eine Bestimmung über die Grundversorgung in der Bundesverfassung verankern wollen, würde der Bundesrat jene Variante vorziehen, die sich auf einen knappen Grundsatz, der zwangsläufig der programmatischen Natur der Bestimmung entspricht, beschränkt. (NZZ 10.05.13; BJ-Medienmitteilung 08.05.13; BBl 2013 S. 3407-3440)

- 30.04. **VCS startet Referendum „Nicht noch mehr Geld für den Strassenbau“** – Der Verkehrsclub der Schweiz (VCS) hat ab sofort mit der Sammlung von Unterschriften für das Referendum „Nicht noch mehr Geld für den Strassenbau“ begonnen. Der VCS wehrt sich damit gegen die von den eidgenössischen Räten beschlossene Revision des Nationalstrassenabgabegesetzes und insbesondere gegen die Verteuerung der Autobahnvignette von heute 40 auf künftig hundert Franken pro Jahr, die Mehreinnahmen von über 300 Millionen Franken generieren würde. Bereits am Unterschriftensammeln ist ein Referendumskomitee bürgerlicher Provenienz, angeführt von den Nationalräten Walter Wobmann (svp, SO) und Nadja Pieren (svp, BE).
(VCS-Medienmitteilung 30.04.13)
- 24.04. **Neue Umfahrung in Olten eröffnet** – In Olten (SO) ist eine gut vier Kilometer lange Umfahrungsstrasse eröffnet und dem Verkehr übergeben worden. Damit erhält die Stadt einen zweiten Aareübergang für den Strassenverkehr. Die prognostizierten Baukosten belaufen sich auf nahezu 320 Millionen Franken. Es handelt sich damit um das teuerste Strassenbauwerk, da bis anhin im Kanton Solothurn realisiert worden ist.
(NZZ 25.04.13)
- 24.04. **Gesundes Gesamtbild der Bundesfinanzen** – Der Bundesrat hat die konsolidierte Rechnung für das Jahr 2012, die ein gesundes Gesamtbild der Bundesfinanzen zeichnet, genehmigt. Im Jahresergebnis resultierte ein Überschuss von 2,4 Milliarden Franken. Dies bedeutete eine Verbesserung um über elf Prozent verglichen mit 2011. In einem weit geringeren Ausmass zugenommen haben auch die Bruttoschulden, die sich auf rund 110 Milliarden Franken beliefen, und die Zahl der Mitarbeitenden (Vollzeitstellen), die fast 50'700 betrug. Bei der konsolidierten Rechnung handelt es sich um eine zusätzliche finanzpolitische Publikation, die der Bund nebst der ordentlichen Staatsrechnung seit 2009 jährlich erstellt. Sie bietet eine umfassendere Betrachtung der Finanzlage.
(BaZ 25.04.13; Medienmitteilung Bundesrat 24.04.13)
- 17.04. **Schienengüterverkehr in der Fläche: Bundesrat eröffnet Vernehmlassung** – Der Bundesrat hat ein Konzept vorgelegt, wie er den Schienengüterverkehr in der Fläche künftig fördern will. Zu diesem Zweck hat die Landesregierung eine Totalrevision des Gütertransportgesetzes und weitere Gesetzesänderungen in die Vernehmlassung gegeben. Konkret schlägt der Bundesrat vor, dass der Personenverkehr in Zukunft nicht mehr automatisch bevorzugt wird. Im Weiteren soll auf das Festlegen eines expliziten Verlagerungsauftrags, wie er heute für den alpenquerenden Güterverkehr besteht, für den Schienengütertransport in der Fläche verzichtet werden. Ferner müssen die Angebote des Güterverkehrs laut Bundesrat eigenwirtschaftlich sein, und die Schweizerischen Bundesbahnen (SBB) können künftig selbst entscheiden, in welchem Umfang sie Güterverkehrsdienstleistungen anbieten wollen. Beim Güterverkehr auf der Strasse soll an den gegenwärtig geltenden Regelungen betreffend das Nacht- und Sonntagsfahrverbot sowie die Gewichtslimiten festgehalten werden. Die Vernehmlassung dauert bis 15. August 2013.
(NZZ 18.04.13; BaZ 18.04.13; BAV-Medienmitteilung 17.04.13)
- 15.04. **Kyoto-Ziel liegt in Reichweite** – Gemäss dem Bundesamt für Umwelt (BAFU) hat der Treibhausgasausstoss im Jahr 2011 insgesamt rund 50 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalente betragen. Die Abnahme um gut vier Millionen Tonnen gegenüber 2010

entsprach einem Rückgang von rund 7,5 Prozent. Diese doch markante Verringerung war zu zwei Drittel auf die milderen Temperaturen während der Heizperiode und zu einem Drittel auf ein geringeres Wirtschaftswachstum sowie die Reduktionsanstrengungen der öffentlichen Hand, der Wirtschaft und der Privaten zurückzuführen. Der Treibhausgasausstoss aus dem Verkehrssektor lag 2011 rund 1,5 Millionen Tonnen oder zehn Prozent höher als 1990. Das Maximum wurde 2008 erreicht; seither ist ein leichter Rückgang zu beobachten. Der Verkehr zeichnet heute für ein Drittel der gesamten Treibhausgasemissionen verantwortlich. Diesbezüglich hat der Bund im Bereich der Emissionszertifikate mit der Stiftung Klimarappen in verschiedenen Verträgen vereinbart, dass sie dem Bund jährlich ausländische Emissionszertifikate im Umfang von rund drei Millionen Tonnen abgibt. Nicht zuletzt deshalb sowie unter Berücksichtigung des sehr milden Jahres 2011 (mit deutlich weniger Heizbedarf) geht das BAFU derzeit davon aus, dass die Schweiz ihre Kyoto-Verpflichtung für die Periode 2008 bis 2012 voraussichtlich einhalten kann.

(NZZ 16.04.13; BAFU-Medienmitteilung 15.04.13)

15.04. Neue Studie weist erhöhtes Unfallrisiko für ältere Autofahrende aus – Gemäss einer neuen Studie der Universität Zürich zeigen Autofahrende, die über 80 Jahre alt sind, ein drei Mal höheres Unfallrisiko, als aufgrund der gesamten Unfallzahlen erwartet werden könnte. Das zweithöchste Risiko tragen Autofahrende zwischen 75 und 80 Jahren; an dritter Stelle folgen Autofahrende zwischen 18 und 24 Jahren. Die Studie stellt somit die Altersgrenze von 70 Jahren für Fahreignungsprüfungen in Frage. Würden überhaupt solche Prüfungen gewollt, könne die Alterslimite auf mindestens 75 Jahre angehoben werden.

(NZZ 16.04.13)

11.04. Stickstoffausstoss des Verkehrs wird deutlich abnehmen – Gemäss einer aktuellen Studie des Bundesamts für Umwelt (BAFU) wird der Stickstoffausstoss im Verkehrsbereich bis ins Jahr 2020 zwar deutlich – namentlich um 36 Prozent gegenüber 2005 – abnehmen, insgesamt werden die Reduktionsziele indes nicht erreicht. Dies nicht zuletzt deshalb, weil im Landwirtschaftssektor die Stickstoffemissionen praktisch auf dem heutigen Niveau verharren.

(BAFU-Medienmitteilung 11.04.13)

10.04. Vernehmlassung zur zweiten Programmbotschaft Engpassbeseitigung eröffnet – Der Bundesrat hat die Vernehmlassung zur zweiten Programmbotschaft betreffend die Engpassbeseitigung auf dem Nationalstrassennetz eröffnet. Die Landesregierung schlägt vor, dafür knapp eine Milliarde Franken freizugeben. Konkret soll damit die Kapazität auf den drei Streckenabschnitten zwischen Härkingen und Luterbach (SO), Andelfingen und Winterthur (ZH) sowie Meyrin/Vernier und Le Vengeron (GE) erhöht werden. Das Geld stammt von jenen 5,5 Milliarden Franken, welche die eidgenössischen Räte zur Engpassbeseitigung im Infrastrukturfonds beschlossen haben. Von diesem Betrag hatte das nationale Parlament im Jahr 2009 bereits 1,4 Milliarden Franken bewilligt, um die dringendsten Engpässe beseitigen zu können. Wenig rosig präsentieren sich die Aussichten: Ohne Gegenmassnahmen sind im Jahr 2030 Nationalstrassen auf einer Gesamtlänge von noch immer rund 430 Kilometer regelmässig überlastet.

In einer Medienverlautbarung hat **strasseschweiz** die vom Bundesrat in die Vernehmlassung geschickte Vorlage zwar begrüsst und befürwortet, allerdings als einen kleinen

Schritt auf dem langwierigen Weg zur Beseitigung der Stauschwerpunkte auf dem Autobahnnetz bezeichnet. Angesichts der ungünstigen Prognosen wäre es höchste Zeit, dass Bundesrat und Parlament umfassende Vorschläge zur Lösung der sich auf dem Nationalstrassennetz stetig verschärfenden Stauproblematik machen würden. (NZZ 11.04.13; ASTRA-Medienmitteilung 10.04.13; Medienmitteilung **strasseschweiz** 10.04.13; BBl 2013 S. 2910)

10.04. Eisenbahnrechnung 2011 – Gemäss den definitiven Resultaten für das Jahr 2011 der vom Bundesamt für Statistik (BFS) publizierten Schweizerischen Eisenbahnrechnung weisen die Eisenbahnen einen betriebswirtschaftlichen Kostendeckungsgrad von rund 104 Prozent aus. Werden die Abgeltungen von Bund, Kantonen und Gemeinden für die ungedeckten Kosten des Verkehrsangebots sowie die Leistungen an die Infrastruktur ausgeklammert, beträgt dieser Kostendeckungsgrad noch gut 70 Prozent. Der entsprechende Kostendeckungsgrad von knapp 41 Prozent macht deutlich, dass die Bahnkosten durch Erträge der Nutzer lediglich zu vorgenanntem Prozentsatz gedeckt sind und somit die Eisenbahnen die Volkswirtschaft sehr viel kosten. 2011 hat der Staat die Schweizerischen Bundesbahnen (SBB) und die Privatbahnen mit über zehn Milliarden Franken subventioniert. Aus gesamtwirtschaftlicher Sicht liess sich das Bahnland Schweiz den Schienenverkehr den Rekordbetrag von insgesamt 17,23 Milliarden Franken kosten (2010: 16,7 Mrd. Franken). (NZZ 11.04.13; BFS Aktuell 10.04.13)

09.04. Empfehlungen zu verkehrsintensiven Einrichtungen aktualisiert – Gemäss den Bundesämtern für Umwelt (BAFU) und für Raumplanung (ARE) können verkehrslenkende Massnahmen bei verkehrsintensiven Einrichtungen in Zukunft nicht mehr generell auf Basis des Umweltrechts angeordnet werden. Dies ergab eine von den eidgenössischen Räten in Auftrag gegebene Untersuchung. Der Schadstoffausstoss des Verkehrs nimmt laut BAFU ab; somit verringert sich allgemein auch die Bedeutung der verkehrsintensiven Einrichtungen als Ursache für übermässige Luftschadstoffbelastungen. Lokale Faktoren wie bereits existierende lufthygienische Belastungen am Standort oder das übrige Verkehrsaufkommen gewinnen an Gewicht. Wollen die Kantone verkehrslenkende Massnahmen gestützt auf das Umweltrecht erlassen, müssen sie deshalb künftig im Einzelfall prüfen, ob die Massnahmen vor besagtem Hintergrund noch verhältnismässig sind oder nicht. (NZZ am Sonntag 14.03.13; BAFU- und ARE-Medienmitteilung 09.04.13; CP-Presse und -Informationsdienst 24.04.13; AR 01.05.13; NZZ 22.05.13; BaZ 22.05.13)

05.04. Im Jahr 2012 erhielt die Schiene 1,74 Milliarden Franken von der Strasse – Im Jahr 2012 haben die Strassenbenützer wiederum die Strasseninfrastruktur und im Umfang von 1,74 Milliarden Franken auch einen Grossteil der neuen Schieneninfrastruktur bezahlt. Die ausgewiesenen und die geschätzten Gesamteinnahmen des Bundes aus Strassen- und Autosteuern beliefen sich auf nahezu 9,5 Milliarden Franken. Das entsprach praktisch dem gleichen Betrag wie 2011. (Medienmitteilung **strasseschweiz** 05.04.13)

03.04. Neue Studie zur Entwicklung des alpenquerenden Güterverkehrs – Gemäss einer vom Bundesamt für Verkehr (BAV) veröffentlichten Studie wird das Ziel, die Zahl der Lastwagenfahrten durch die Schweizer Alpen auf 650'000 pro Jahr zu senken, bis ins Jahr 2030 bei weitem nicht erreicht. Trotz Eröffnung des Gotthard-Basistunnels der

Neuen Eisenbahn-Alpentransversalen (NEAT) im Jahr 2016 werde das Verlagerungsziel um rund 760'000 pro Jahr deutlich verfehlt. 2030 würden also insgesamt mehr als 1,4 Millionen Lastwagen die Alpen transitieren. Dabei handle es sich um den günstigsten Fall. Durch diese Steigerung werde der so genannte NEAT-Effekt weitgehend kompensiert. Dank der NEAT-Infrastruktur können laut Studie jährlich 200'000 Strassenfahrten gegenüber einer Situation ohne NEAT vermieden werden. Die so genannt flankierenden Massnahmen wie die leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe (LSVA) und die Subventionierung des kombinierten Verkehrs würden weitere 600'000 Fahrten pro Jahr abwenden.

(„Bund“ 04.04.13; NZZ 05.04.13; NZZ am Sonntag 07.04.13; AR 10.04.13)

26.03. SBB-Zahlen des Jahres 2012 – Weniger Passagiere, ein positives Jahresergebnis und eine leicht reduzierte Verschuldung: Auf diese Kurzformel lassen sich die von den Schweizerischen Bundesbahnen (SBB) für das vergangene Jahr präsentierten Zahlen bringen. 2012 sank die Passagierzahl gegenüber dem Vorjahr leicht; die zurückgelegten Personenkilometer nahmen um gut ein Prozent ab. Im Güterverkehr reduzierten sich die Nettotonnenkilometer um fast zwei Prozent. Insgesamt erwirtschafteten die SBB mit rund 420 Millionen Franken im Jahr 2012 ein um fast 25 Prozent besseres Konzernergebnis als 2011. Im Segment Personenverkehr fiel das entsprechende finanzielle Ergebnis (rund 269 Mio. Franken) um rund 20 Prozent höher aus als 2011. Im Segment Güterverkehr (SBB Cargo) vergrösserte sich der Verlust (gut 51 Mio. Franken) gegenüber 2011 um rund ein Prozent. Die Leistungen der öffentlichen Hand für Verkehr (Betrieb) und Infrastruktur beliefen sich im Jahr 2012 auf total rund 3,13 Milliarden Franken, über fünf Prozent mehr als 2011. Die von den SBB selber als besorgniserregend bezeichnete verzinsliche Verschuldung verminderte sich um nahezu vier Prozent und belief sich auf rund 7,65 Milliarden Franken. Die Nettoverschuldung betrug rund 18,3 Milliarden Franken, und zwar bei einem Eigenkapital von knapp 10,8 Milliarden Franken.
(NZZ 27.03.13; BaZ 27.03.13; „Bund“ 27.03.13; SBB-Zahlen und -Fakten sowie -Finanzbericht 2012)

26.03. Strassenverkehrsunfälle: Mehr Getötete, weniger Schwerverletzte – Gemäss dem Bundesamt für Strassen (ASTRA) sind im Jahr 2012 bei Strassenverkehrsunfällen 339 Personen getötet (2011: 320), 4'202 Menschen schwer verletzt (2011: 4'437) und 18'016 leicht verletzt worden (2011: 18'805). Ein Grund für den Anstieg der Verkehrstoten ist der tragische Unfall eines Reisecars im Kanton Wallis, bei dem 28 Menschen ums Leben kamen. Bei den Schwer- und Leichtverletzten setzte sich der rückläufige Trend der vergangenen Jahre fort. Sowohl bei den Fussgängern als auch bei den E-Bike-Fahrenden und den Motorradfahrenden hat die Zahl der getöteten Personen gegenüber 2011 zugenommen. Immer sicherer sind hingegen Autoinsassen unterwegs. 2012 starben noch 104 Personen bei einem Unfall im Personenwagen. Dies entsprach dem tiefsten Wert seit den frühen Nachkriegsjahren.
(NZZ 27.03.13; BaZ 27.03.13; AR 27.03.13; ASTRA-Medienmitteilung 26.03.13)

22.03. Schlussabstimmung in den eidgenössischen Räten – Der Nationalrat hat mit 159 zu 26 und der Ständerat mit 40 zu null Stimmen eine Anpassung des Bundesgesetzes über die Nationalstrassen, mit der weitere Strassen ins Nationalstrassennetz aufgenommen werden, gutgeheissen sowie mit 102 zu 87 bzw. 37 zu vier Stimmen eine Anpassung des Nationalstrassenabgabegesetzes, mit welcher der Preis der Autobahn-

vignette von 40 auf hundert Franken pro Jahr erhöht und eine neue Zweimonatsvignette für 40 Franken eingeführt wird, genehmigt. Gegen die Preiserhöhung der Autobahnvignette ist von SVP-Exponenten bereits das Referendum angekündigt worden. (NZZ 23.03.13; BBl 2013 S. 2523-2530)

- 17.03. **690'000 Besucherinnen und Besucher am Autosalon** – Während der vergangenen zehn Tage haben rund 690'000 Personen den 83. Internationalen Automobilsalon in Genf besucht. Verglichen mit 2012 entspricht dies einer Abnahme um knapp zwei Prozent. Der nächste Automobilsalon findet vom 6. bis 16. März 2014 statt. (AR 20.03.13)
- 13.03. **Rückgang des alpenquerenden Güterverkehrs im Jahr 2012** – Im Jahr 2012 sind 23,7 Millionen Nettotonnen auf der Schiene durch die Schweizer Alpen transportiert worden. Das waren rund zwei Tonnen weniger als 2011. Insgesamt betrug die Menge im alpenquerenden Güterverkehr laut Eidgenössischem Verkehrsdepartement (UVEK) gut 37,5 Millionen Tonnen, was einem Rückgang gegenüber 2011 von mehr als 2,5 Millionen Tonnen entsprach. Die Schiene erlitt eine Einbusse bei ihrem Anteil am so genannten Modalsplit; dieser lag neu bei gut 63 Prozent (2011: fast 64 Prozent). Die Anzahl Lastwagenfahrten sank auf rund 1,21 Millionen (2011: rund 1,26 Mio.). Allerdings war dies nach wie vor beinahe doppelt so viel, wie es das gesetzlich verankerte Verlagerungsziel bis ins Jahr 2018 (650'000 Lastwagenfahrten pro Jahr) vorsieht. Während der Sperrung der Gotthard-Eisenbahnlinie als Folge des Felssturzes bei Gurtellen (UR) im Juni 2012 wurde auf den Strassen durch die Alpen spürbar mehr Verkehr festgestellt. Auf den vier Alpenstrassenübergängen (Gotthard, San Bernardino, Simplon und Grosser St. Bernhard) wurden täglich durchschnittlich rund 250 bis 300 zusätzliche Lastwagen gemessen. Diese Zunahme konnte jedoch problemlos bewältigt werden. (NZZ 14.03.13; UVEK-Medienmitteilung 13.03.13)
- 12.03. **Nationalrat lehnt „Cleantech-Initiative“ deutlich ab** – Der Nationalrat hat die Eidgenössische Volksinitiative „Neue Arbeitsplätze dank erneuerbaren Energien (Cleantech-Initiative)“ mit 111 zu 68 Stimmen deutlich abgelehnt. In der Debatte hielt Bundesrätin Doris Leuthard fest, dass zur Erreichung der von der „Cleantech-Initiative“ vorgegebenen Ziele vor allem bei der Mobilität und bei den Gebäuden massive staatliche Eingriffe in die Investitionszyklen und hinsichtlich des Konsumverhaltens nötig wären, was problematisch sei. (NZZ 13.03.13)
- 04.03. **A1-Zubringer im Kanton Aargau deutlich angenommen** – Den Zubringer zur Autobahn A1 im Raum Lenzburg (AG) samt Knoten Neuhof (AG) haben die kantonalen Stimmberechtigten mit einem Ja-Stimmenanteil von 73,5 Prozent deutlich gutgeheissen. Das 75 Millionen Franken teure Projekt wird gänzlich durch die Strassenbenützer selber bezahlt und soll die täglich auftretenden Staus zum Verschwinden bringen. (Aargauer Zeitung 04.03.13; NZZ 12.02.13)
- 04.03. **Volksinitiative „Für eine faire Verkehrsfinanzierung“ lanciert** – Zum Start des Genfer Autosalons ist die Eidgenössische Volksinitiative „Für eine faire Verkehrsfinanzierung“ („Milchkuh-Initiative“) lanciert worden. Das Volksbegehren will das Verursacherprinzip durchsetzen: Steuern, Gebühren und Abgaben der Strassenbenützer sollen künftig

vollumfänglich der Strasse zugutekommen. Damit würden der allgemeinen Bundeskasse auf einen Schlag 1,5 Milliarden Franken pro Jahr fehlen. Zudem will die Initiative die demokratischen Mitwirkungsrechte stärken: Die Einführung oder Erhöhung von Steuern, Gebühren oder Abgaben im Bereich des Strassenverkehrs soll künftig dem fakultativen Referendum unterstehen. Getragen wird die „Milchkuh-Initiative“ von einem breit abgestützten, überparteilichen Komitee sowie von Verbänden wie dem Gewerbeverband, dem Verband Handel Schweiz, der Erdöl-Vereinigung, auto-schweiz und dem Autogewerbeverband. Die rund 900 Millionen Franken, die heute jedes Jahr aus der so genannten „Strassenkasse“ für den öffentlichen Verkehr, insbesondere den kombinierten Verkehr auf der Schiene, verwendet werden, blieben unangetastet. (NZZ 05.03.13; BaZ 05.03.13; BBl 2013 S. 1697-1700)

04.03. Preis für Autobahnvignette steigt auf hundert Franken – Voraussichtlich im Jahr 2016 wird der Preis für die Autobahnvignette von heute 40 auf hundert Franken pro Jahr und Motorfahrzeug bzw. Anhänger steigen. Der Nationalrat hat sich mit 97 zu 89 Stimmen dafür ausgesprochen und somit die Haltung von Bundes- und Ständerat übernommen. Die zusätzlichen Einnahmen aus dieser Preiserhöhung belaufen sich auf gut 300 Millionen Franken.

(NZZ 05.03.13; BaZ 05.03.13)

28.02. Gotthard-Strassentunnel: Thermoportal-Alarmsystem in Betrieb – Nach einer Testphase geht das bereits im Jahr 2010 errichtete Thermoportal in Airolo (TI) am 3. März 2013 offiziell in Betrieb. Die Anlage soll dazu beitragen, Brände von nordwärts fahrenden schweren Motorfahrzeugen im Gotthard-Strassentunnel zu verhindern. Gemessen wird die Temperatur verschiedener Fahrzeugkomponenten wie Motor, Auspuffanlage, Reifen, Laderaum und Führerkabine. Erkennt das Thermoportal zu hohe Werte, löst es Alarm aus.

(BaZ 01.03.13; ASTRA-Medienmitteilung 28.02.13)

24.02. Töff-Messe war Publikumsmagnet – Die heute zu Ende gegangene zehnte Motorrad-Messe Swiss-Moto stellte mit rund 66'600 Besucherinnen und Besuchern zwar einen Erfolg dar; der Rekordwert aus dem Jahr 2011 konnte allerdings nicht übertroffen werden.

(Medienmitteilung Swiss-Moto 24.02.13)

20.02. 83. Internationaler Automobilsalon in Genf – Der diesjährige 83. Internationale Automobilsalon in Genf zeigt vom 7. bis 17. März über 130 Welt- und Europapremieren. Rund 260 Aussteller präsentieren ihre Modelle und Produkte auf 110'000 Quadratmeter Bruttoausstellungsfläche in den Hallen der Palexpo Genf. Ausserdem wird das Auto des Jahres zum zweiten Mal am Automobilsalon gekürt.

(Medienmitteilung Automobilsalon 20.02.13)

12.02. Weniger Führerausweisentzüge im Jahr 2012 – Gemäss den neuesten Zahlen aus dem Administrativmassnahmenregister (ADMAS) des Bundesamts für Strassen (ASTRA) mussten im Jahr 2012 rund 76'200 Fahrzeuglenkerinnen und -lenker ihren Führerausweis abgeben. Dies ist knapp ein Prozent weniger als 2011. Hauptgründe für den Führerausweisentzug waren das Überschreiten der Geschwindigkeit sowie Alkohol am Steuer. Wegen zu schnellem Fahren gaben fast 30'900 Personen – gut vier Prozent weniger als 2011 – den Führerausweis ab. Auch Massnahmen gegen alkoholisierte Lenkerinnen

und Lenker nahmen ab: Die Entzüge (0,8 Promille und mehr) gingen um 0,6 Prozent, die Verwarnungen (0,5 bis 0,79 Promille) um 4,5 Prozent zurück. Die meisten Ausweisentzüge waren auf einen Monat bis drei Monate befristet (rund 62 Prozent). Nahezu 21 Prozent der Ausweise wurden auf unbestimmte Zeit entzogen. Dies entspricht einer Zunahme um knapp 4,5 Prozent. Das im Jahr 2005 eingeführte, verschärfte Recht (Kaskadensystem: stufenweise Verlängerung der Entzugsdauer für Wiederholungstäter) führte zu einer Reduktion der Anzahl Führerausweisentzüge. Der 2005 eingeführte Führerausweis auf Probe schlug sich in der Statistik ebenfalls nieder. So musste 2012 1'760 Personen (plus rund acht Prozent) der Ausweis annulliert werden, weil sie Widerhandlungen während der Probezeit begingen. (ASTRA-Medienmitteilung 12.02.13)

05.02. Erneut Rekordjahr bei den Neuzulassungen von Strassenfahrzeugen – Zum zweiten Mal in Folge ist im Jahr 2012 in der Schweiz bei der Anzahl neu in Verkehr gesetzter Motorfahrzeuge ein Rekord registriert worden. Der Wert von 431'000 Neuzulassungen entsprach dabei einer Steigerung von 2,4 Prozent gegenüber 2011. In der Schweiz waren 2012 insgesamt rund 5,6 Millionen Motorfahrzeuge (davon 4,3 Millionen Personenwagen [PW]) immatrikuliert, was verglichen mit 2011 einer Zunahme von 2,3 Prozent und dem grössten prozentualen Zuwachs seit 2001 gleichkam. Gegenüber 2011 vergrösserte sich der PW-Bestand um 2,2 Prozent, derjenige der Motorräder um 2,1 Prozent und jener der Sachtransportfahrzeuge um 3,8 Prozent. Bei den PW lagen die mit Diesel betriebenen Fahrzeuge weiter im Trend; ihr Bestand nahm um knapp 13 Prozent zu und machte mehr als ein Fünftel der gesamten Schweizer PW-Flotte aus. Der durchschnittliche Hubraum der in der Schweiz immatrikulierten PW sank von 1964 Kubikzentimeter (ccm) im Jahr 2011 auf 1957 ccm im Jahr 2012. Damit hat sich die seit 2007 zu beobachtende Tendenz zu kleineren Motoren weiter konsolidiert. Im Mittel waren die sich 2012 in Betrieb befindenden PW gut acht Jahre alt. (BFS-Medienmitteilung 05.02.13; AR 13.02.13)

01.02. Automobilwirtschaft: 95,4 Milliarden Franken Umsatz – Die Automobilbranche in der Schweiz erzielte im Jahr 2011 einen Umsatz von 95,4 Milliarden Franken. Das geht aus dem Vademecum 2013 von **strasseschweiz** hervor. In rund 20'900 Betrieben trugen fast 227'900 Personen zu diesem Umsatz bei. (Medienmitteilung **strasseschweiz** 01.02.13)

01.02. Sanktionen gegen Schnellfahrer: Rahmen für Strafmasse vorgeschlagen – Der Vorstand der Konferenz der Strafverfolgungsbehörden der Schweiz (KSBS) hat zwecks einer schweizweit möglichst einheitlichen Rechtsprechung Empfehlungen zur Ahndung von Geschwindigkeitsüberschreitungen erarbeitet. Diesbezüglich zeichnet sich eine weitere Verschärfung ab, welche auf Fahrer abzielt, die zwar nicht Raser sind, aber Tempolimiten trotzdem weit überschreiten. Die besagte Verschärfung erfolgt gemäss KSBS-Vorstand als Reaktion auf den per 1. Januar 2013 in Kraft getretenen Rasertatbestand. Laut dem vorgeschlagenen Katalog, der als Richtschnur für entsprechende Bussen bzw. Strafen gilt, soll die einfache Verletzung von Verkehrsregeln (innerorts bis plus 24 Stundenkilometer [km/h], ausserorts bis plus 29 km/h und auf Autobahnen bis plus 34 km/h) wie bis anhin geahndet werden. Zwischen diesen Übertretungen und dem, was als Raserei gilt, postuliert der KSBS-Vorstand einen differenzierten Rahmen von Geldstrafen, der von 20 bis zu über 120 Tagessätzen reicht. Damit werden

die bisher gültigen Ansätze im Minimum verdoppelt.
(NZZ 02.02.13; AR 06.02.13)

31.01. Bundesgericht genehmigt Tempo 30 auf Hauptstrasse in Sumvitg – In Sumvitg (GR), einem Dorf auf der Strecke zwischen Chur und Disentis, kann gemäss einem Urteil des Bundesgerichts Tempo 30 auf der Durchgangsstrasse eingeführt werden. Der Touring Club Schweiz (TCS) hatte sich gegen die Einführung des neuen Temporegimes zur Wehr gesetzt, ist nun aber vor den Richtern in Lausanne abgeblitzt. Laut des höchsten Schweizer Gerichts ist der Einbezug des Hauptstrassenabschnitts das einzige Mittel, um gravierende Verletzungen von Fussgängern im Ortskern von Sumvitg vermeiden zu können.

(„Bund“ 01.02.13; AR 06.02.13)

30.01. Bundesrat will einen Fonds zur Finanzierung der Nationalstrassen – Der Bundesrat hat im Sinne eines Grundsatzentscheids beschlossen, einen unbefristeten Infrastrukturfonds für die Nationalstrassen und den Agglomerationsverkehr zu schaffen. Bis Mitte 2013 sollen das Eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) sowie das Eidgenössische Finanzdepartement (EFD) eine entsprechende Vernehmlassungsvorlage ausarbeiten. Faktisch handelt es sich beim neu geplanten Fonds um eine Erweiterung des bereits bestehenden Infrastrukturfonds. Im Gegensatz zum Bahninfrastrukturfonds (BIF), der sich gegenwärtig in der parlamentarischen Beratung befindet, sind beim Strasseninfrastrukturfonds keine automatischen Einnahmen vorgesehen. Konkret sollen die eidgenössischen Räte jedes Jahr sowohl die Höhe der Einlagen, die aus der Spezialfinanzierung Strassenverkehr (SFSV) stammen, als auch den Umfang der Entnahmen festlegen können.

In diversen Medienverlautbarungen zeigten sich die Strassenverkehrsverbände enttäuscht bis verärgert über die Absichten des Bundesrats. **strasseschweiz** taxierte den bundesrätlichen Vorschlag zur Errichtung eines Strasseninfrastrukturfonds als ungenügend. Dies deshalb, weil der Vorschlag noch keine gesicherte Strassenfinanzierung garantiere. Angesichts des riesigen Investitionsprogramms, des dringlichen Handlungsbedarfs zur Engpassbeseitigung auf dem Nationalstrassennetz sowie der angekündigten Erhöhung der Treibstoffabgaben sei zwingend eine kontinuierliche, verbindliche und dauerhafte Finanzierungslösung zu schaffen. Eine jährliche Budgetbeurteilung durch das Parlament dürfte dazu wenig zielführend sein.

(NZZ 31.01.13; BaZ 31.01.13; ASTRA-Medienmitteilung 30.01.13; Medienmitteilung **strasseschweiz** 30.01.13)

29.01. Gegen Nadelöhr am Zoll Basel – Deutschland und die Schweiz erhöhen die Kapazität des Autobahnzolls Basel–Weil am Rhein. Der entsprechende Umbau, der im Wesentlichen eine Entflechtung der verschiedenen Formen des Lastwagenverkehrs beinhaltet, ist in Fahrtrichtung Schweiz eingeweiht worden. In der Gegenrichtung soll dieser Umbau bis im Herbst 2013 fertiggestellt sein.

(NZZ 30.01.13; BaZ 30.01.13)

24.01. Bundesrat klammert Transporte aus Bau-Landesmantelvertrag aus – Der Bundesrat hat bei seinem entsprechenden Entscheid zur Allgemeinverbindlichkeit des Landesmantelvertrags (LMV) im Bauhauptgewerbe beschlossen, Transporte von und zu Baustellen explizit nicht in den Geltungsbereich des LMV aufzunehmen. Damit wird gemäss dem Schweizerischen Nutzfahrzeugverband (ASTAG) eine Grenze zwischen der Bau-

branche und dem gewerblichen Strassentransport gezogen. Allerdings bestehe nach wie vor keine absolute Rechtssicherheit für die betroffenen Unternehmen. Denn der Bundesrat habe es verpasst, abschliessend Klarheit zu schaffen. Bei Mischbetrieben müsse auch in Zukunft eine LMV-Unterstellung für jeden einzelnen Fall in langwierigen und teuren rechtlichen Detailabklärungen geprüft werden.

(ASTAG-Medienmitteilung 24.01.13)

- 18.01. **Energiesteuer-Initiative zustande gekommen** – Die Eidgenössische Volksinitiative „Energie- statt Mehrwertsteuer“ der grünliberalen Partei (glp) der Schweiz ist mit gut 108'000 gültigen Unterschriften formell zustande gekommen. Mit ihrem Volksbegehren wollen die Grünliberalen eine staatsquotenneutrale ökologische Steuerreform erwirken. (NZZ 19.01.13; glp-Medienmitteilung 19.01.13; BBl 2013 S. 617)
- 09.01. **Kontroverse um Autounfälle berufstätiger Frauen** – Die Schweizerische Unfallversicherungsanstalt (Suva) gelangt in einer neuen Studie zur Erkenntnis, dass das Auto-unfallrisiko berufstätiger Frauen um rund ein Viertel höher sei als jenes berufstätiger Männer. Dieses Risiko sei sogar doppelt so hoch, wenn die Unfallhäufigkeit ins Verhältnis zu den gefahrenen Kilometern gestellt wird. Dies deshalb, weil Frauen rund 40 Prozent weniger weit fahren als Männer. Am stärksten überhöht sei das Unfallrisiko für Frauen im täglichen Morgenverkehr zwischen sieben und acht Uhr. Während in den vergangenen zehn Jahren bei Männern das Risiko, zu verunfallen, um 26 Prozent zurückgegangen ist, habe sich das Unfallrisiko bei Frauen um lediglich 15 Prozent reduziert. Mit anderen Worten: Das Unfallrisiko für Frauen ist nicht gestiegen, sondern weniger stark gesunken. Aufgrund der Studienergebnisse fordert die SUVA nun gezielte Präventionsmassnahmen für berufstätige Frauen. Dieser Forderung widerspricht die Beratungsstelle für Unfallverhütung (bfu). Eine Unfallprävention, die den Hauptfokus auf die Frauen legt, sei nicht zweckmässig. Frauen am Lenkrad seien mehr Opfer denn Verursacherinnen von Verkehrsunfällen. Bei Unfällen, in denen ein Automobilist und eine Autofahrerin direkt miteinander kollidieren, sei in über der Hälfte der Fälle der Mann allein verantwortlich. In 40 Prozent der Fälle sei es die Frau und für den Rest teilten sich Frau und Mann die Schuld. (NZZ 10.01.13; BaZ 10.01.13; „Blick“ 10.01.13; AR 16.01.13; Suva- und bfu-Medienmitteilung 09.01.13)
- 07.01. **Autoverkäufe 2012: Zweitbestes Autojahr aller Zeiten** – Die Schweizer Automobil-Importeure und ihre Markenhändler können bezüglich des Absatzes neuer Personewagen auf ein sehr erfolgreiches Jahr 2012 zurückblicken: Gut 328'000 Neufahrzeugverkäufe entsprachen einer Zunahme von fast drei Prozent gegenüber 2011 (rund 319'000). Damit wurde das Rekordergebnis aus dem Jahr 1989 – damals waren es über 335'000 Neuzulassungen – nur knapp verpasst. (AR 09.01.13; BZ 17.01.13; Medienmitteilung auto-schweiz 07.01.13)

strasseschweiz/pk; 06.11.2014

Stichwortverzeichnis 2013**06.11.2014**

Verkehr	(Datum)
Automobilsalon; 690'000 Besucherinnen und Besucher; Zwei Prozent weniger als 2012	18.03.
Automobilsalon; 83. Austragung findet vom 7. bis 17. März statt; Über 130 Welt- und Europapremieren; Rund 260 Aussteller; 110'000 m ² Bruttoausstellungsfläche	20.02.
Automobilwirtschaft; Erneut Rekordjahr bei Neuzulassungen von Motorfahrzeugen; Steigerung im Jahr 2012 um 2,4 Prozent gegenüber 2011	05.02.
Automobilwirtschaft; 95,4 Mrd. Franken Umsatz im Jahr 2011; Publikation des Vademecum 2013 von strasseschweiz mit den wichtigsten Kennzahlen	01.02.
Automobilwirtschaft; 2012 gut 328'000 neue Personenwagen abgesetzt; Zunahme von fast drei Prozent gegenüber 2011; Zweitbestes je erzielt Resultat	07.01.
Auto-Partei; Zeitgleiche Lancierung von drei Eidg. Volksinitiativen	28.05.
Bahnreform 2; Zweites Paket; Bundesrat verabschiedet Verordnungen; Prüfauftrag für Umstellung von Bahn- auf Busbetrieb bei tiefem Kostendeckungsgrad	29.05.
EU; Verschärfung der Klimavorgaben für neue Personenwagen; 95 Gramm CO ₂ pro Kilometer bis ins Jahr 2020	25.05.
Gotthard-Strassentunnel; Bundesrat verabschiedet Botschaft; Zweite Röhre im Sinne eines Sanierungstunnels vorgeschlagen; Referendum bereits angekündigt	13.09.
Gotthard-Strassentunnel; Thermoportal-Alarmsystem in Airola (TI) nimmt offiziell den Betrieb auf; Verhinderung von Bränden im Tunnel	28.02.
Güterverkehr; Bundesrat verabschiedet Verlagerungsbericht 2013; Verlängerung und Aufstockung des Zahlungsrahmens für den alpenquerenden UKV beantragt	29.11.
Güterverkehr; Einbruch der Transportleistungen im Jahr 2012 gegenüber den Jahren 2010 und 2011; Schiene einiges stärker im Minus als Strasse	21.11.
Güterverkehr; Bundesrat verabschiedet Botschaft; Verstärkte Teilnahme der Schweiz am europäischen Strassentransportmarkt; Lizenzpflicht neu ab 3,5 Tonnen	04.09.
Güterverkehr; Neue Studie und Forderungen von VöV, SBB Cargo und VAP	16.08.
Güterverkehr; Bundesrat schickt Konzept zur Förderung des Schienengüterverkehrs in der Fläche in die Vernehmlassung; Totalrevision des Gütertransportgesetzes	17.04.
Güterverkehr; Neue BAV-Studie zur Entwicklung des alpenquerenden Verkehrs; Im Jahr 2030 gut 1,4 Mio. Lastwagenfahrten über Schweizer Alpen prognostiziert	03.04.
Güterverkehr; 2012 gut 37,5 Mio. Tonnen durch Schweizer Alpen transportiert; Klarer Rückgang; Schiene büsst anteilmässig ein; Fast 1,21 Mio. Lastwagenfahrten	13.03.
Güterverkehr; Kapazitätserhöhung am Autobahnzoll Basel-Weil am Rhein in Richtung Schweiz; Umbau abgeschlossen und eingeweiht	29.01.
Kantonsstrassen; Südwestumfahrung Brugg (AG) mit einem Ja-Stimmenanteil von fast 70 Prozent deutlich angenommen	09.06.
Kantonsstrassen; Langer Umfahrungstunnel im unteren Malcantone (TI) abgelehnt; Lega-Initiative erleidet mit rund 53 Prozent Nein-Stimmen knapp Schiffbruch	09.06.

Kantonsstrassen; Neue Umfahrung in Olten (SO) eröffnet und dem Verkehr übergeben; Zweiter Aareübergang; Kosten von nahezu 320 Mio. Franken	24.04.
Kantonsstrassen; 75 Mio. Franken teures Projekt für einen Zubringer zur Autobahn A1 im Raum Lenzburg (AG) mit Ja-Stimmenanteil von 73,5 Prozent angenommen	04.03.
Kombinierter Verkehr; Bundesrat beschliesst Bau und Finanzierung eines Vier-Meter-Korridors auf der NEAT-Gotthardachse; Finanzierung via FinöV bzw. BIF	22.05.
Nationalstrassen; Anordnung von lokalen permanenten oder temporären Lastwagenüberholverböten auf Abschnitten von total 290 Kilometer Länge	19.11.
Nationalstrassen; Aufnahme von Strecken ins Nationalstrassennetz abgelehnt; Nationalrat gibt Standesinitiative der Kantone Bern und Genf keine Folge	16.09.
Nationalstrassen; ASTRA-Jahresbericht 2012 zur Verkehrsentwicklung und Verfügbarkeit; 43 Prozent des gesamten Motorfahrzeugverkehrs; Zunahme Staustunden	10.06.
Nationalstrassen; Nationalrat (159 zu 26 Stimmen) und Ständerat (40 zu 0 Stimmen) beschliessen Erweiterung des Nationalstrassennetzes um rund 380 Kilometer	21.03.
Nationalstrassenbau; A22 mit Schönthal-Tunnel offiziell in Betrieb genommen	11.12.
Nationalstrassenbau; Eidg. Volksinitiative „Freie Fahrt statt Megastaus“ lanciert	28.05.
Nationalstrassenbau; Bundesrat eröffnet zweite Programmbotschaft zur Engpassbeseitigung; Knapp eine Milliarde Franken für drei Streckenabschnitte	10.04.
Personenverkehr; Verkehrsleistung 2012; MIV legte mit gut zwei Prozent stärker zu als Bahnen; Fünf-Millionen-Marke bei Anzahl der Motorfahrzeugen geknackt	22.10.
Personenverkehr; Neun von zehn Erwerbstätigen pendelten im Jahr 2011 zur Arbeit; 55 Prozent mit MIV; 29 Prozent mit öV; 16 Prozent mit Langsamverkehr	30.05.
SBB AG; Jahreszahlen 2012; Weniger Passagiere, positives Jahresergebnis und sinkende Verschuldung; Nettoschulden in der Höhe von rund 18,3 Mrd. Franken	26.03.
Service public; Eidg. Volksinitiative „Pro Service public“ mit rund 104'200 gültigen Unterschriften offiziell zustande gekommen	20.06.
Service public; Eidg. Volksinitiative „Pro Service public“ mit 106'000 bescheinigten Unterschriften eingereicht	30.05.
Service public; Bundesrat verabschiedet drei Varianten für eine allgemeine Verfassungsbestimmung über die Grundversorgung zuhanden des Parlaments	08.05.
strasseschweiz ; 68. ordentliche Mitgliederversammlung; Strasseninfrastrukturfonds gefordert; Auf bestehende Abgaben zurückgreifen und keine neuen erheben	27.06.
SVG; Bundesparlament verankert maximale Höhe und Breite von Lastwagen und Fahrzeugkombinationen neu im Gesetz; Erneutes Zeichen gegen Gegaliner	10.12.
SVG; „Via sicura“; Zweites Massnahmenpaket tritt gestaffelt in Kraft; Grösster Teil gilt ab 1. Januar 2014	29.11.
SVG; Nationalrat heisst mit 109 zu 75 Stimmen bei 8 Enthaltungen Abschaffung der obligatorischen Wiederholungskurse für Neulenkende gut	26.09.
SVG; ADMAS-Register; Zahl der Ausweisentzüge 2012 erneut leicht gesunken	13.02.
SVG; KSBS-Vorstand gibt Empfehlungen für Sanktionsrahmen gegen Schnellfahrer ab; Geldstrafen für Tempoüberschreitungen unterhalb Rasertatbestand verdoppelt	01.02.

Swiss-Moto; Zehnte Ausgabe; Grosser Besucheraufmarsch; Rund 66'600 Eintritte	24.02.
Tankstellenshops; Bundesrat setzt die Änderung des Arbeitsgesetzes auf den 1. Dezember 2013 in Kraft	20.11.
Tankstellenshops; Stimmberechtigte heissen Änderung des Arbeitsgesetzes mit 56 Prozent Ja-Stimmen gut; Regale müssen nicht mehr abgedeckt werden	22.09.
Tankstellenshops; Referendum gegen die Änderung des Arbeitsgesetzes mit gut 70'300 gültigen Unterschriften zustande gekommen	15.05.
Transportgewerbe; Entscheid zur Allgemeinverbindlichkeit des Landesmantelvertrags im Bauhauptgewerbe; Bundesrat klammert Transporte explizit aus	24.01.
VCS-Initiative; Komitee beschliesst Rückzug zugunsten des FABI-Gegenvorschlags	28.06.
VCS-Initiative; Bundesversammlung lehnt Volksbegehren klar ab und nimmt FABI-Gegenvorschlag deutlich an	21.06.
VCS-Initiative; Differenzbereinigung FABI-Gegenvorschlag; Kantone sollen pauschal 500 Mio. Franken pro Jahr in BIF einzahlen; Ständerat folgt Nationalrat	13.06.
VCS-Initiative; Nationalrat lehnt Volksbegehren mit 112 zu 68 Stimmen ab; Direkter FABI-Gegenvorschlag mit wenigen Änderungen zum Ständerat angenommen	05.06.
Verkehrssicherheit; bfu-SINUS-Report 2013 hat erstmals E-Bike-Unfälle analysiert; Deutliche Zunahme der Getöteten und Schwerverletzten im Jahr 2012	22.10.
Verkehrssicherheit; Neue Studie der Universität Zürich; Erhöhtes Unfallrisiko für über 75-jährige Autofahrende	15.04.
Verkehrssicherheit; 2012 sind laut ASTRA 339 Personen auf Schweizer Strassen gestorben, 4'202 schwer und 18'016 leicht verletzt worden	26.03.
Verkehrssicherheit; Kontroverse zwischen Suva und bfu um Autounfälle berufstätiger Frauen; Suva fordert Präventionsmassnahmen; bfu sieht keine Zweckmässigkeit	09.01.

Energie	(Datum)
Energieetikette; UVEK verschärft Effizienzkriterien ab 1. Januar 2014; Entsprechende Verordnung gilt bereits per 1. August 2013 mit Übergangsfrist bis Ende 2013	05.07.
Sparmassnahmen; Bundesrat verabschiedet Botschaft zur Energiestrategie 2050; Vernehmlassung zu Übergang in ein Energielenkungssystem gestartet	04.09.
Verbrauch; Neu in Verkehr gesetzte PW verbrauchen 2012 im Durchschnitt 6,21 l/100 km; CO ₂ -Emissionen liegen bei 151 g/km	27.06.
Verbrauch; Nationaler Energieverbrauch 2012 deutlich angestiegen; 3,7 Prozent mehr als 2011; Kühle Witterung verantwortlich; Dieselsatz nimmt erneut zu	27.06.

Umwelt	(Datum)
Allgemeines; BAFU veröffentlicht Umweltbericht 2013; Zahlreiche Fortschritte erzielt; Starke Beanspruchung der natürlichen Ressourcen	09.07.
Emissionen; Leichte Zunahme des CO ₂ -Ausstosses bzw. der Treibhausgasemissionen im Jahr 2012; Kyoto-Ziel kann voraussichtlich erreicht werden	03.07.
Emissionen; Stiftung Klimaschutz und CO ₂ -Kompensation (KliK) nimmt Tätigkeit auf; Kosten für CO ₂ -Kompensation ein bis zwei Rappen pro Liter Treibstoff	03.07.
Emissionen; Zu hohe CO ₂ -Emissionen der neu zum Verkehr zugelassenen Personenwagen; Sanktionen von 3,5 Mio. Franken im Jahr 2012	27.06.
Emissionen; Treibhausgasausstoss der Schweiz im Jahr 2011; Total rund 50 Mio. Tonnen CO ₂ -Äquivalente; Rückgang um rund 7,5 Prozent gegenüber 2010	15.04.
Emissionen; Neue BAFU-Studie betreffend Stickstoffemissionen; Reduktionsziele für 2020 werden nicht erreicht; Deutliche Abnahme im Verkehrssektor	11.04.
Emissionen; Empfehlungen zu verkehrsintensiven Einrichtungen aktualisiert; Anordnung verkehrslenkender Massnahmen nicht mehr generell auf Basis des Umweltrechts	09.04.
Klimarappen; Stiftung erreicht Ziele zur Verminderung der CO ₂ -Emissionen und übererfüllt die mit dem Bund abgeschlossenen Vereinbarungen	18.11.
Klimaveränderung; Uno-Klimakonferenz von Warschau (Polen) geht mit dürftigen Ergebnissen zu Ende	23.11.
Klimaveränderung; Uno-Klimarat verabschiedet neuesten Zustandsbericht; Frühere Warnungen untermauert; Einfluss des Menschen praktisch eindeutig erwiesen	27.09.
Tempobeschränkung; Eidg. Volksinitiative „Ja zu vernünftigen Tempolimiten“ lanciert	28.05.
Tempobeschränkung; Bundesgericht genehmigt Tempo 30 auf Hauptstrassenabschnitt in Sumvitg (GR); Vermeidung gravierender Verletzungen von Fussgängern	31.01.

Finanzen	(Datum)
Autobahnvignette; Mit einem Nein-Stimmenanteil von gut 60 Prozent lehnt der Souverän die 60-fränkige Verteuerung ab; Sämtliche Kantone dagegen	24.11.
Autobahnvignette; Referendum „Nein zur 100-Franken-Autobahnvignette“ mit 107'424 gültigen Unterschriften formell zustande gekommen	25.07.
Autobahnvignette; Komitee „Nein zur 100-Franken-Autobahnvignette“ reicht Referendum mit rund 105'000 Unterschriften ein	10.07.
Autobahnvignette; VCS startet Referendum gegen die beschlossene Preiserhöhung	30.04.
Autobahnvignette; Nationalrat (102 zu 87 Stimmen) und Ständerat (37 zu 4 Stimmen) beschliessen Preiserhöhung auf 100 Franken; Referendum bereits angekündigt	21.03.
Autobahnvignette; Nationalrat schliesst mit 97 zu 89 Stimmen Bundesrat und Ständerat an; Preis soll von 40 auf 100 Franken steigen	04.03.
Bundesfinanzen; Sparprogramm KAP im Nationalrat definitiv gescheitert	02.12.
Bundesfinanzen; Bundesrat genehmigt konsolidierte Rechnung für das Jahr 2012; Ertragsüberschuss von 2,4 Mrd. und Bruttoschulden von 110 Mrd. Franken	24.04.
Eisenbahnrechnung; Definitive Resultate für das Jahr 2011; Deckungsgrad bei 104 bzw. 70 Prozent (ohne Beiträge); Eigenwirtschaftlichkeitsgrad von 41 Prozent	10.04.
FABI; Bundesrat beschliesst Volksabstimmung auf den 9. Februar 2014 festzusetzen	12.11.
FinöV; Nationalrat (143 zu 36 Stimmen) und Ständerat (37 Stimmen zu einer) heissen Bau und Finanzierung des Vier-Meter-Korridors gut; 990 Mio. Franken	13.12.
FinöV; Ständerat beschliesst Vier-Meter-Korridor auf NEAT-Gotthardachse; rund eine Milliarde Franken; Keine Mitfinanzierung aus der „Strassenkasse“	25.09.
FinöV; Ständerat folgt dem Nationalrat und heisst Bundesbeschluss über die Finanzierung der Lärmsanierung der Eisenbahnen ebenfalls gut	12.09.
FinöV; Nationalrat genehmigt einstimmig Massnahmenpaket gegen übermässigen Eisenbahnlärm; Verpflichtungskredit von gut 1,5 Mrd. Franken	12.06.
Gebühren; Im landesweiten Durchschnitt verlangen die Strassenverkehrsämter 17 Prozent mehr Gebühren, als tatsächliche Kosten anfallen; EFV-Auswertung	31.10.
Infrastrukturfonds; Bundesrat eröffnet Vernehmlassung zur zweiten Generation der Agglomerationsprogramme; 1,6 Mrd. Franken sollen verteilt werden	26.06.
Lenkungsabgaben; Bundesrat empfiehlt Eidg. Volksinitiative „Energie- statt Mehrwertsteuer“ ohne jeglichen Gegenvorschlag zur Ablehnung	20.11.
Lenkungsabgaben; Cleantech-Initiative bedingt zurückgezogen	05.07.
Lenkungsabgaben; Bundesversammlung lehnt Cleantech-Initiative ab und heisst Änderung des Energiegesetzes als indirekten Gegenvorschlag gut	21.06.
Lenkungsabgaben; Nationalrat lehnt Eidg. Volksinitiative „Neue Arbeitsplätze dank erneuerbaren Energien (Cleantech-Initiative)“ mit 111 zu 68 Stimmen ab	12.03.
Lenkungsabgaben; Eidg. Volksinitiative „Energie- statt Mehrwertsteuer“ mit gut 108'000 gültigen Unterschriften formell zustande gekommen	18.01.

LSVA; Bundesgericht erklärt Erhöhung im Jahr 2009 für rechtens; Letztinstanzliches Urteil; ASTAG kritisiert Entscheidung des Bundesgerichts scharf	22.08.
Strassen- und Autosteuern; Gegen 9,5 Mrd. Franken auf Bundesebene im Jahr 2014; Schiene erhält von Strasse rund 1,87 Mrd. Franken	30.08.
Strassen- und Autosteuern; Nahezu 9,5 Mrd. Franken auf Bundesebene im Jahr 2012; Schiene erhält von Strasse rund 1,74 Mrd. Franken	05.04.
Strassenrechnung; Definitive Resultate für das Jahr 2010; Deckungsgrad liegt bei 118 Prozent; Eigenwirtschaftlichkeitsgrad von 113 Prozent	17.12.
Verkehrsinfrastrukturfinanzierung; Bundesrat schlägt neuen Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrsfonds (NAF) vor; Erhöhung Mineralölsteuerzuschlag	26.06.
Verkehrsinfrastrukturfinanzierung; strasseschweiz ; Keine Kenntnis von bzw. keine Unterstützung für so genannten „20-Rappen-Kompromiss“	17.06.
Verkehrsinfrastrukturfinanzierung; Bundesrat schlägt neuen Strasseninfrastrukturfonds vor; Strassenverkehrsverbände reagieren enttäuscht bis verärgert	30.01.
Zweckbindung; Eidg. Volksinitiative „Strassengelder gehören der Strasse“ lanciert	28.05.
Zweckbindung; Eidg. Volksinitiative „Für eine faire Verkehrsfinanzierung“ lanciert	04.03.